



WEISSER RING Magazin

True Crime

Wie Shows
und Podcasts
Hinterbliebene
verletzen

Kind entführt
und befreit

Vater spricht
erstmal über den
Fall Edenkoben
und die Folgen



Gisèle Pelicot

„Die Scham
muss die Seite
wechseln!“

Welche Konsequenzen hat ihr tapferer Kampf in Frankreich
für Vergewaltigungsopfer in Deutschland?

Editorial



„Wir möchten weiterhin Opfern einen geschützten Raum bieten, ihre Geschichten zu erzählen.“



facebook.com/weisserring



instagram.com/weisser_ring



linkedin.com/company/weisserringev



youtube.de/weisserringev

Liebe Leserinnen und Leser,

womöglich haben Sie es nicht gleich erkannt – aber das, was Sie hier in den Händen halten, ist tatsächlich das Magazin des WEISSEN RINGS, das Sie vielleicht schon seit vielen Jahren lesen. Es sieht nur anders aus, und einen neuen Namen trägt es auch.

In einer sich immer schneller drehenden Medienwelt ist es gar nicht so leicht, die Aufmerksamkeit von Menschen zu gewinnen. Wir sind von der Möglichkeit überzeugt, der Aufgeregtheit mit ausgeruhten Recherchen und Reportagen zu begegnen, gedruckt ganz klassisch auf Papier. Aber klassisch heißt nicht aus der Zeit gefallen: Deshalb haben wir unserem Magazin einen neuen Anstrich gegeben, der die Lesefreundlichkeit erhöht und gleichzeitig unseren Anspruch untermauert, journalistisch tiefgründig zu arbeiten.

Dafür haben wir die Seitengestaltung modernisiert und die Bildsprache gestärkt. Wir haben neue Rubriken geschaffen und mehr Ordnung ins Heft gebracht. Außerdem haben wir die Schrift vergrößert und das Papier gewechselt: Sie lesen jetzt auf 100-prozentigem Recyclingpapier.

Was bleibt, ist unser Auftrag. Wir möchten weiterhin Opfern einen geschützten Raum bieten, ihre Geschichten zu erzählen, für die es in der tagesaktuellen Schlagzeilenhektik oft keinen Platz gibt. Wir wollen nach wie vor Missstände im Bereich des Opferschutzes aufdecken. Es ist unsere Aufgabe, öffentlich für die Belange von Kriminalitätsoptionen einzutreten, so steht es in der Vereinssatzung des WEISSEN RINGS.

Das ist auch der Grund, warum wir unser Magazin nach neun Jahren „Forum Opferhilfe“ nun WEISSER RING Magazin nennen: Unsere Recherchen und Themen werden immer wieder von der Politik aufgegriffen oder in anderen Medien zitiert. Wir möchten die Quelle klar nennen und so auch neue Leserinnen und Leser für den WEISSEN RING und seine Themen begeistern.

Jetzt bin ich aber neugierig, ob Ihnen das „neue“ WEISSER RING Magazin genauso gut gefällt wie mir! Schreiben Sie gern eine E-Mail an redaktion@weisser-ring.de!

Ihre Bianca Biwer
Bundesgeschäftsführerin WEISSER RING

P.S.:

Wir lieben Gedrucktes – aber natürlich finden Sie unser **Magazin** auch im **Internet**.
Schauen Sie mal rein: <https://wr-magazin.de>



4

Meldungen

Hilfe für Magdeburg; politisch rechts motivierte Tötungsdelikte; erster Fußfessel-Einsatz nach dem spanischen Modell; aktuelle Zahlen zu digitaler Gewalt und Antisemitismus

6

Die Mission von Gisèle Pelicot

„Die Scham muss die Seite wechseln“ sagt Vergewaltigungsopter Gisèle Pelicot. Aber geht das überhaupt? Eine Suche nach Antworten

18

Jeder zweite Antrag wird abgelehnt

Negativrekord bei der staatlichen Entschädigung für Gewaltopfer im Bund und bei den Ländern. Die Zahlen von 2023 im Überblick

20

Ungefragt ausgenutzt

True Crime boomt, fast immer geht es um Mord. Das Publikum ist begeistert, aber für die Hinterbliebenen ist es oft der blanke Horror

26

Ein Anruf bei ... Christian Schertz

Medien schlachten mit True Crime persönliche Tragödien aus, sagt der Medienanwalt – und fordert Nachbesserungen beim gesetzlichen Opferschutz

28

Der Kommentar

Bedienen Medien mit True Crime das öffentliche Informationsinteresse? Journalismus-Professor Tanjev Schultz meldet Zweifel an

29

Wenn dein Gesicht in einem Porno zu sehen ist

Schauspielerin und Moderatorin Collien Ulmen-Fernandes setzt sich gegen digitale Gewalt durch sogenannte Deepfakes zur Wehr

32

Der lange Kampf des Andreas S.

Als Kind wurde er mehr als 150-mal von einem Kinderpsychiater missbraucht, als Erwachsener kämpft er für Aufklärung

37

Recht und Gesetz

Ein Blick auf das neue Gewalthilfegesetz – ein Vermächtnis der Ampelregierung

38

Jetzt reicht es uns!

Der Hass im Netz trifft immer öfter Prominente – und viele von ihnen wollen die digitale Gewalt nicht mehr hinnehmen. Die Redaktion sprach mit Betroffenen über die Möglichkeit, sich zu wehren

42

Medientipps

Neue Bücher, Podcasts, Filme: Wo findet sich die Opferperspektive wieder?

44

„Die grausamste Horrorvorstellung aller Eltern wurde für uns Realität“

Der Entführungs- und Missbrauchsfall Edenkoben machte bundesweit Schlagzeilen. Mathias, Vater des betroffenen Mädchens, spricht im Interview erstmals über die Geschehnisse

54

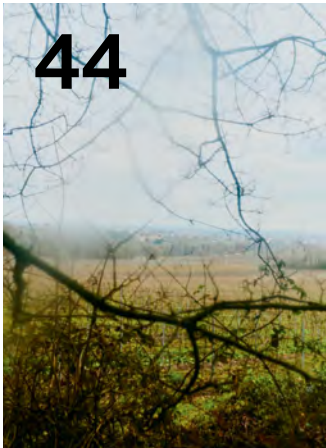
Danke/Impressum

Ehrensache

28

Das Heft im Heft

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in Magdeburg berichten über den Anschlag. Eine Pionierin des Opfer-Telefons verlässt den WEISSEN RING. Und ein Landespräventionsbeauftragter hat das Netzwerken perfektioniert



44



01_2025

Aus dem Verein,
für den Verein.

28

Ehrensache

Meldungen

Studie:



Die Studie „Angegriffen & alleingelassen“ von der Technischen Universität München hat ergeben, dass die Mehrheit der befragten **politisch engagierten Menschen** bereits digitale Gewalt erlebte.

58%

der 1.114 Befragten berichteten von **Anfeindungen im Internet.**

68%

der betroffenen Frauen haben geschlechtsspezifische Gewalt wie **Sexismus oder Frauenhass** erfahren.

51%

der betroffenen Männern hingegen wurde häufiger mit **Schlägen oder Mord** gedroht.

Vergleich:

2022

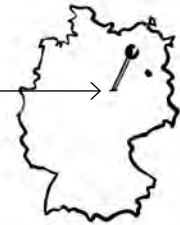
63.853

2023

65.482

Laut dem Lagebild des Landeskriminalamtes NRW stieg die Zahl der **Opfer von häuslicher Gewalt 2023 in Nordrhein-Westfalen** im Vergleich zu 2022 um 2,6 Prozent.

Blick nach...



... Magdeburg

Die **Zahl der Opfer** des Anschlags auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt ist **weiter gestiegen**. Über 600 Menschen wurden angeschrieben, wie der neue Bundesopferbeauftragte Roland Weber mitteilte, und die Zahl könnte in den nächsten Wochen noch auf 200 weitere steigen. Viele Betroffene eines Anschlags würden sich oft erst Wochen oder Monate später bei den Behörden melden, sagte Weber bei einer Pressekonferenz. Die Tat, bei der sechs Menschen starben, habe nicht nur die Verletzten, sondern auch zahlreiche Angehörige, Augenzeugen, Ersthelfer und Rettungskräfte trau-

matisiert. Die Bundesregierung möchte die Opfer von Magdeburg gleichermaßen entschädigen wie die von Terroranschlägen, jedoch muss der Bundestag noch die Haushaltsmittel bewilligen. Die Summe soll mehrere Millionen Euro betragen. „Der Anschlag ist in seiner Dimension beispiellos in der jüngeren Vergangenheit unseres Landes“, sagte Weber. Auch der WEISSE RING hilft Betroffenen des Anschlags und kann zum Beispiel **Soforthilfen von bis zu 1.000 Euro auszahlen**. Opfer können den WEISSEN RING bundesweit täglich unter 116 006 erreichen.

„Der **Anschlag** ist in seiner Dimension beispiellos in der jüngeren Vergangenheit unseres Landes.“

Roland Weber,
Bundesopferbeauftragter



Statistik des
Bundeskriminalamtes

87 rechte Tötungsdelikte

Das **Bundeskriminalamt** hat 87 politisch rechts motivierte Tötungsdelikte in der Zeit von 1990 bis 2023 erfasst. Hinzu kommen zwei Fälle, bei denen es sich nicht um Mord oder Totschlag handelte. Insgesamt sind 115 Todesopfer registriert. Das hat die Bundesregierung auf Anfrage der Linken mitgeteilt. Unter den Verbrechen sind etwa der Anschlag von Hanau und die Morde des NSU. Die Zahlen basieren auf Listen der Landeskriminalämter. Die Amadeu Antonio Stiftung kritisiert, dass nicht alle Fälle als rechte Gewalttaten anerkannt seien, und geht von deutlich mehr Opfern aus.

Gewalt gegen Frauen

Erstmals Fußfessel eingesetzt

Sachsen ist das erste Bundesland, das eine Fußfessel nach spanischem Modell einsetzt, um eine Frau vor häuslicher Gewalt zu schützen. Der bereits vorbestrafte Ex-Mann bekam ein Kontakt- und Annäherungsverbot auferlegt, welches nun mit der Fußfessel überwacht wird. Das **spanische Modell** funktioniert mit einer GPS-Einheit, die das Opfer trägt und die mit der Fußfessel des Täters kommuniziert. Sollte sich der Täter dem Opfer nähern, wird ein Alarm ausgelöst. Hessen hatte die Fußfesseltechnologie im vergangenen Jahr eingeführt und stellt sie bereits zur Überwachung von Tätern nach Haftstrafen zur Verfügung. Der WEISSE RING fordert die Bundesregierung seit Langem auf, dieses System bundesweit zu nutzen, um Frauen besser vor Gewalt zu schützen.

Zitat:

„In dieser schwierigen Zeit, in der so Vieles [...] ins Wanken gerät [...], sind wir alle mehr denn je gefordert, insbesondere die Politik, die Menschen zusammenzuführen und **gemeinsam für Werte einzutreten**, wie es mein Mann getan hat.“



Irmgard
Braun-Lübcke

Witwe des
ermordeten Kasseler
Regierungspräsidenten
Walter Lübcke

Zahlen:



Mehr als

33.000

rechtsextreme Straftaten wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums im Jahr 2024 verübt, mehr als jemals seit Beginn der Erhebungen 2001.

Mehr als

3.000

antisemitisch motivierte Straftaten habe die Polizei 2024 bis September gezählt.

Das ist ein **Anstieg** zum Vorjahreszeitraum von

100%

Text: Christoph Klemp, Selina Stiegler, Julia Zipfel, Gregor Haschnik
Illustrationen: Emmanuel Polanco/Sepia



Nach der Urteils-
verkündung
wendet sich
Gisèle Pelicot an
andere Betroffene.
„Ich möchte,
dass Sie wissen,
dass wir den
gleichen Kampf
führen“, sagt sie.

Titelstory

Die Mission von Gisèle Pelicot

„Die Scham muss die Seite wechseln“ – dieser entschlossene Satz von Gisèle Pelicot hat sich zu einem Kampfruf entwickelt. Er prangt auf Schildern vor Gerichtssälen, mahnt auf Graffiti in den Straßen französischer Städte und geht als Hashtag in den sozialen Medien viral. Der Prozess gegen die Vergewaltiger Pelicots in Frankreich hat weltweit die Aufmerksamkeit auf die Situation der Betroffenen gelenkt. Beim Opfer-Telefon des WEISSEN RINGS meldeten sich nach Beginn der Verhandlung in Avignon vermehrt Betroffene von Sexualstraftaten. Hat die Scham bereits die Seite gewechselt, kann sie es überhaupt? Das WEISSER RING Magazin hat sich auf die Suche nach Antworten begeben.

Der Fall Pelicot

Die heute 72-jährige **Gisèle Pelicot** wurde von ihrem damaligen Ehemann Dominique jahrelang regelmäßig mit Schlafmitteln betäubt und von ihm sowie von Fremden **vergewaltigt**. Er filmte die Taten. Ende Dezember 2024 wurde Dominique Pelicot zu **20 Jahren Haft** verurteilt. Neben ihm wurden 50 weitere Männer für schuldig befunden und zu Strafen zwischen drei und 15 Jahren Haft verurteilt. Die Verbrechen wurden aufgedeckt, nachdem Dominique Pelicot in einem Supermarkt dabei erwischt worden war, wie er mit seinem Handy unter die Röcke von Kundinnen filmte. Im Rahmen der Ermittlungen fand die Polizei Videos und Fotos von den Vergewaltigungen von Gisèle Pelicot.

D

Der Kontrast zwischen dem Auftreten des Opfers und der Angeklagten könnte kaum größer sein. Gisèle Pelicot schreitet aufrecht und ruhig zum Gerichtsgebäude, flankiert von ihren Anwälten und ihrer Familie, begleitet von Kameras. Der Weg ist gesäumt von Frauen und Männern, die der 72-jährigen Französin applaudieren und ihr Dankesworte zurufen. Sie antwortet mit einem Lächeln und einem leisen „Merci“.

Die Angeklagten, die nicht in Untersuchungshaft sitzen, haben die Kapuzen ihrer Jacken und Pullover ins Gesicht gezogen. Alle tragen Schutzmasken, einige auch Handschuhe. So schnell wie möglich eilen sie an den Kameras und Zuschauern vorbei, betreten den Gerichtssaal und entfernen ihre Kapuzen und Masken erst, als die Richter den Saal betreten. Die Angeklagten in Untersuchungshaft werden an einem abgeschirmten Seiteneingang vorgefahren und huschen durch ein Spalier von Polizisten ins Gericht. Bloß nicht gesehen werden – Scham entsteht durch den direkten oder vorgestellten Blick anderer Menschen auf die eigene Person.

Gisèle Pelicot hat die Täter ins Licht gezogen und die Belastung eines Gerichtsprozesses auf sich genommen. Später, unmittelbar nach der Urteilsverkündung, wird sie sich an die Betroffenen wenden, die nicht den Weg in die Öffentlichkeit gehen, deren Geschichten im Dunkeln bleiben: „Ich möchte, dass Sie wissen, dass wir den gleichen Kampf führen.“

Kapitel I Die Scham der Opfer

Anette Diehl ist Trauma-Fachberaterin des Frauennotrufs in Mainz, sie berät und begleitet Frauen und Mädchen schon seit fast 40 Jahren. „Man kann Gisèle Pelicot gar nicht genug dafür danken, was sie getan und gesagt hat. Sie hat erreicht, dass

sowohl andere Betroffene als auch Politik und Gesellschaft sich dafür interessieren, wie die Situation für Opfer ist. Und dieser Satz, dass die Scham die Seite wechseln muss, hat sehr vielen Menschen geholfen“, sagt Diehl. Scham spiele eine große Rolle: „Neben den Mitschuldgefühlen, der Wut, dem Ekel, der Trauer, der Verzweiflung, ist Scham allen gemeinsam, die sich an uns wenden“, berichtet die Beraterin aus ihrer Arbeit. Scham habe etwas Sprachloses und Selbstzerstörerisches. Sie sei für viele Frauen und Mädchen eine hohe Hürde, die sie davon abhalte, über erlebte sexualisierte Gewalt zu sprechen oder diese anzuzeigen.

Häufig melden sich Betroffene erst Jahre oder gar Jahrzehnte nach der Tat, weil sie unter Spätfolgen leiden.

Im Jahr 2023 gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik 12.186 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen in Deutschland, 10.106 davon wurden demnach aufgeklärt. Das bedeutet, dass mindestens ein Tatverdächtiger ermittelt wurde. In den vorangegangenen Jahren wurden 11.869 Fälle (2022) beziehungsweise 9.903 Fälle (2021) erfasst. Das bildet jedoch nur das Hellfeld ab. Laut einer Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2020 werden lediglich 9,5 Prozent der Vergewaltigungen überhaupt angezeigt.

Häufig melden sich Betroffene erst Jahre oder gar Jahrzehnte nach der Tat, weil sie unter den Spätfolgen leiden, etwa einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). „Viele sagen uns dann, sie hätten sich so geschämt, dass sie all die Jahre nicht darüber sprechen konnten“, sagt Diehl. Sie weiß, wie wichtig es ist, wenn mutige Betroffene einen Stein ins Rollen bringen, wie bei „MeToo“. „Manchmal rollt der Stein eine ganze Weile, dann aber setzt leider oft wieder das Victim Blaming ein.“ Die Täter-Opfer-Umkehr, die den Opfern eine Mitschuld unterstellt.

Im Fall Pelicot – wo die Beweislast erdrückend war – brüllten Anwälte der Verteidigung das Opfer während seiner Aussage immer wieder an. Die Unterstellung, Gisèle Pelicot müsse irgendwie für die Vergewaltigungen mitverantwortlich sein,

„Betroffenen, die in der Öffentlichkeit selbstbewusst auftreten, wird vorgehalten, dass es dann ja nicht so schlimm gewesen sein kann. Die Gesellschaft schiebt die Scham häufig den Betroffenen zu – und nicht dem Täter.“ Prof. Friederike Funk

kommt von der Ehefrau eines Angeklagten: „Wenn mein Mann wirklich jemanden hätte vergewaltigen wollen, hätte er sich eine attraktivere Frau ausgesucht.“ Ein Angeklagter, von Beruf Krankenpfleger, sagt vor Gericht, man hätte den Bewusstseinszustand von Pelicot während der Vergewaltigungen medizinisch bewerten müssen, um zu beweisen, dass sie tatsächlich unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln stand. Er selbst hätte nicht unterscheiden können, ob das Opfer geschlafen oder nur so getan habe.

D

Die Viktimologin Anne-Kathrin Kreft vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFNI) sieht Scham als eine zentrale emotionale Reaktion auf Vergewaltigungen, die tiefgreifende psychologische und soziale Folgen haben könne. Sie plädiert für eine gesellschaftliche Veränderung, hin zu einer Haltung, die Opfer entlastet. Kreft hat sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten in Kolumbien erforscht und mit betroffenen Frauen und Helferinnen gesprochen. Was weit entfernt klingt, rückt ganz nah, wenn es um Scham geht: „Selbst in diesen Fällen politisch motivierter sexualisierter Gewalt wurden die Frauen nach der Tat teilweise noch gefragt, was sie getan hätten, um das zu provozieren“, erinnert sich Kreft. Wenn die Gesellschaft dem Opfer immer wieder zu verstehen gebe, in irgendeiner Form mitverantwortlich zu sein für die eigene Vergewaltigung, steigere das die Scham und sei für die Betroffenen gravierend.

Dass Opfer nicht als solche wahrgenommen werden, ist ein tief verankertes Muster. Oft taucht die Frage auf, ob es sich überhaupt um Gewalt handelte oder nicht um ein großes Missverständnis. Im Prozess von Avignon sagen die Männer, die inzwischen zu langen Haftstrafen verurteilt sind, ihnen sei nicht klar gewesen, dass Pelicot schlief. Außerdem habe ihr Mann doch zugestimmt. Auch Pelicot wird unterstellt, sie hätte die Taten provoziert: als die Verteidigung ihr 27 intime Fotos zum Vorwurf machen will, die auf Dominique Pelicots Laptop gespeichert waren. 27 von insgesamt 20.000 Dateien. Sie wurden wohl mit ihrem Einverständnis aufgenommen. Eine Verteidigerin fragt Gisèle Pelicot, ob sie exhibitionistische Tendenzen habe. In diesem Moment verliert die sonst so beherrschte Gisèle Pelicot die Geduld. Die 72-Jährige reagiert empört: „Ich verstehe nun, warum die Opfer von Vergewaltigungen so selten Anklage erheben – schämen Sie sich, mir solche Dinge zu unterstellen!“

Versuche, die Vergewaltigungen zu verharmlosen, schmerzten Pelicot besonders.

Es gibt die Vorstellung, wie ein Opfer zu sein habe: traurig, schwach, leise. „Betroffenen, die in der Öffentlichkeit selbstbewusst auftreten, wird vorgehalten, dass es dann ja nicht so schlimm gewesen sein kann“, erklärt Friederike Funk. Die Professorin für Sozialpsychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München hat viele Kommentare zum Fall Gisèle Pelicot gelesen. Sie forscht dazu, wie die Gesellschaft auf Täter und Opfer blickt. „Die Gesellschaft schiebt die Scham

Gründe gegen eine Anzeige bei sexuellem Missbrauch oder Vergewaltigung:

71 %

der Opfer geben an, dass es keine Beweise gab

38 %

hatten Angst vor dem Täter oder der Täterin

32 %

hatten Angst vor einem Gerichtsverfahren



Mehr als 17.000 Frauen und Mädchen waren 2023 in Deutschland von digitaler Gewalt betroffen, etwa von Cyberstalking oder sexueller Belästigung. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Delikte um 25 Prozent zu.

häufig den Betroffenen zu – und nicht dem Täter“, sagt Funk. Die Umkehr basiere unter anderem auf dem psychologischen Konzept des Gerechte-Welt-Glaubens, der Erwartung, dass es grundsätzlich gerecht zugehe und wir im Leben das bekommen, was uns zusteht. „Wenn objektive Fakten fehlen, verleitet dies leider häufig dazu, zu schauen, ob eine Person vielleicht selbst ein bisschen mit dazu beigetragen hat, was ihr passiert ist“, beschreibt Funk. Es ist eine Art Selbstschutz-Mechanismus: Weil wir uns ja nicht so verhalten würden, fühlen wir uns sicherer.

Die Versuche, die Vergewaltigungen zu verharmlosen, seien für sie besonders schmerzhaft gewesen, betont Gisèle Pelicot vor Gericht. Die Erklärungen einiger Täter, sie seien wie „fremdgesteuert“ gewesen,

„Eigentlich sollten sich die Täter schämen und nicht die Betroffenen. Es ist aber fast immer umgekehrt.“ Prof. Ruth Linssen

hätten sie zermürbt. Aber dann zeigt sich wieder die beeindruckende Stärke dieser Frau, als sie sagt: „Ich fühle mich für nichts von allem verantwortlich. Es war ein langer Weg für mich, das zu begreifen, aber in erster Linie bin ich ein Opfer.“ Allen Anschuldigungen zum Trotz.

Auch bei häuslicher Gewalt fragen manche absurderweise schnell: Warum ist sie nicht gegangen? Statt: Warum hat er sie geschlagen? Anette Diehl hat das schon so oft gehört, dass sie die Einstellung manchmal wütend macht. Aber sie ist nicht entmutigt, im Gegenteil: „Das gesellschaftliche Klima hat sich in den vergangenen fünf Jahren schon sehr zum Positiven verändert“, findet Diehl. „Es gab ‚MeToo‘, Fälle wie den von Gisèle Pelicot, die weltweit verfolgt werden, immer mehr Betroffene melden sich in den sozialen Medien und Podcasts zu Wort.“ Wichtig sei aber, anzuerkennen, dass andere, die dasselbe Schicksal erlitten haben, nicht den Weg von Pelicot wählen müssen. „Das darf nur jede Betroffene für sich selbst entscheiden.“ Ob sie aus der Opferrolle in die aktiv handelnde Rolle findet, hängt zu einem großen Teil davon ab, wie die Gesellschaft damit umgeht, vom sozialen Umfeld über die Polizei bis zum Gericht.

Kapitel II In den Mühlen der Strafverfolgung

Die erste Hürde ist die Anzeige bei der Polizei, damit setzt sich die Mühle der Strafverfolgung in Gang. Welche Erfahrungen Betroffene dabei machen, hat Ruth Linssen, Professorin für Soziologie und

Strafrecht an der Fachhochschule Münster, im Rahmen einer Studie für das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen untersucht. „Eigentlich sollten sich die Täter schämen und nicht die Betroffenen. Es ist aber fast immer umgekehrt“, sagt Linssen. Viele Opfer, die sie befragte, hätten Angst vor Ausgrenzung geäußert und schämten sich besonders, wenn nahe Angehörige bei der Vernehmung dabei waren. Der Umgang der Polizei mit Betroffenen hingegen habe sich in den vergangenen 15 Jahren deutlich geändert – im positiven Sinne. Linssen führt das auch darauf zurück, dass dort mittlerweile mehr junge Frauen arbeiten, die ein anderes Problembewusstsein hätten.

Eine Frau gewann durch das Verfahren ihre Souveränität wieder. Doch eine Aussage vor Gericht kann extrem belastend sein.

Eine Befragte berichtete ihr, was für ein gutes Gefühl ihr ihre Aussage vor Gericht gab. Der Täter habe während des Prozesses auf den Boden geguckt und sich geschämt. „Die Frau hatte ihre Souveränität durch das Verfahren wiedergewonnen, als würde der Prozess die Verhältnisse wieder zurecht-rücken. Das war aber lange nicht bei allen so“, so Linssen. „Ganz ehrlich, ich war mir nach der Studie noch viel weniger sicher als vorher, ob ich eine Vergewaltigung anzeigen würde. Ich wäre im Gericht im Boden versunken, wenn ich in diesen Details die Tat hätte schildern müssen, wie Frauen mir das berichtet haben.“

G

Gerichtsprozesse können für Betroffene extrem belastend sein. Forderungen nach verpflichtenden Weiterbildungen für einen sensibleren Umgang mit Opfern weisen Richterinnen und Richter mit Verweis auf ihre Unabhängigkeit zurück. „Das eine schließt das andere nicht aus“, findet hingegen Professor Martin Rettenberger, Direktor der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden. „Man kann unabhängig und neutral sein und trotzdem zwischen-

„Ich kann nichts riskieren“

Eine von sexualisierter Gewalt betroffene Frau berichtet, weshalb sie viele Jahre nach dem Missbrauch durch ihren Stiefvater doch noch Anzeige erstattet hat und – anders als Gisèle Pelicot – anonym bleiben möchte.

„Als ich elf Jahre alt war, ging es mit den körperlichen Übergriffen los. Ab meinem 14. Lebensjahr begann mein Stiefvater, mich auch zu vergewaltigen, bis zu meinem 17. Lebensjahr. Ich habe niemandem davon erzählt. Meinen Freunden nicht, meinem Freund nicht und auch meiner Mutter nicht. Ich war einfach froh, als nach der Trennung Ruhe einkehrte.“

Viele Jahre später bin ich ihm begegnet, nur einen Ort von meinem Wohnort entfernt. An der Hand hatte er einen kleinen Jungen. Da kam alles wieder hoch. Kurz darauf saß ich mit meiner Mutter und meinem Freund zusammen und wir kamen auf ihn zu sprechen. Und da erzählte ich es ihnen. Meiner Mutter liefen die Tränen, sie hatte nichts geahnt. Gemeinsam beschlossen wir, zur Polizei zu gehen.

Es dauerte vier Jahre, bis die Gerichtsverhandlung begann. Obwohl der Fall mir alt und klein erschien, war am ersten Prozesstag viel Presse da. Die Lokalzeitung berichtete am nächsten Tag. Bei meiner Aussage waren keine Medien erlaubt. Trotzdem kannten sie alle Details, auch über meine Entjungferung. Eine Journalistin hatte nie mit mir gesprochen, ihre Infos stammten von den Anwälten meines Stiefvaters.

Vor der Anzeige hatte ich ähnliche Fälle recherchiert und wusste, wie schwer es für Opfer ist – das jahrelange Verfahren und die Unterstellungen. Ein Täter darf schweigen, aber das Opfer muss alles erzählen, auch intime Details.

Das Schlimmste war, als die Videoaufzeichnung meiner Aussage im Gerichtssaal vor dem Täter abgespielt wurde. Ich dachte, ich wäre in einem geschützten Raum bei der Polizei. Und dann sieht und hört der Täter mich sagen: Ich habe Angst vor ihm, ich habe eine kleine Tochter, ich wohne nur einen Ort weiter, ich gehe in seinem Ort einkaufen.

Ich konnte also nicht in die Öffentlichkeit gehen. Ich wusste nicht, wie das Verfahren ausgehen wird. Es gab zu Beginn keine Beweise aus der Zeit. Während des Verfahrens tauchten Beweise auf, wie Fotos von meiner Schwester und mir.

Das, was Gisèle Pelicot gemacht hat, ist unfassbar mutig und stark. Aber nicht jedes Opfer kann das. Sie ist älter, hat kein kleines Kind zu Hause. Ihr Mann saß von Anfang an im Gefängnis. Es gab eine Vielzahl an Beweisen. Die Ausgangslage in solchen Fällen ist meistens viel schlechter für Opfer. Außerdem schützt Deutschland eher die Täter als die Opfer.

Trotzdem bin ich froh, dass ich es gemacht habe. Letztes Jahr wurde er zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Noch hat er die Haftstrafe, die kurz ist, nicht angetreten. Als Mutter bleibe ich anonym, da ich nichts riskieren kann. Ich weiß nicht, was er macht, wenn er entlassen wird.“

Lena*

Aus der Polizeilichen
Kriminalstatistik 2023

12.186

Fälle von Vergewaltigung,
sexueller Nötigung und
Übergriffen wurden erfasst

10.160

dieser Fälle wurden „aufge-
klärt“, das heißt, es wurde
ein Tatverdächtiger ermittelt

10.144

der Tatverdächtigen
waren männlich

„Steigende Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik sind nicht immer negativ zu bewerten, ganz im Gegenteil: Es ist gut, dass mehr aus dem Dunkelfeld ins Hellfeld gelangt.“

Professor Martin Rettenberger

menschlich in angemessener Form sensibel mit diesen schwierigen Themen umgehen.“ Ein Versuch des Rechtssystems, mit dem vermeintlichen Interessenskonflikt umzugehen, ist die Psychosoziale Prozessbegleitung. Tina Neubauer ist Prozessbegleiterin in Stuttgart und arbeitet für die Präventiv-Sozial gGmbH. Sie unterstützt in Baden-Württemberg seit mehr als 20 Jahren Vergewaltigungs- und Missbrauchsoffer bei Gerichtsprozessen und kennt die Fälle von gut 1.000 Betroffenen. Sie bildet auch Begleiter aus, unter anderem an der Akademie des WEISSEN RINGS. „Ich habe jetzt die ganzen Jahre nur wenige Frauen betreut, denen es nicht unangenehm war, über sexualisierte Übergriffe zu sprechen. Das Thema Scham ist bei den meisten vorhanden“, sagt Neubauer. Bislang beschließe lediglich ein kleiner Teil: „Ich zeige das bei der Polizei an. Ich mache meine Aussage vor Gericht.“

V

Viele Menschen belaste es, dass sie dort „erneut die Kontrolle abgeben, so wie bei der Tat“, schildert Neubauer. Ein Strafverfahren ist immer öffentlich, selbst wenn die Öffentlichkeit eingeschränkt werden kann. Betroffene sind Opferzeugen, die in der Regel aussagen müssen und zur Wahrheit verpflichtet sind. Die Begleiterin erklärt ihnen den Ablauf des Verfahrens, ihre Rechte als Zeugen und die Möglichkeiten der Nebenklage. Ziel ist es, den Opfern mithilfe von Informationen mehr Sicherheit zu geben. Die Psychosoziale Prozessbegleitung kooperiert mit NERO, einem Netzwerk von Opferanwälten, das Betroffene schon vor der Anzeige juristisch unterstützt. „Ich

finde, die Betroffenen müssen wissen, worauf sie sich einlassen“, sagt Neubauer.

Wenn sie Anzeige erstatten und sich dem Prozess aussetzen, ist noch lange nicht gesagt, dass der Täter verurteilt wird. Die Kriminologische Zentralstelle hat Verlaufsstudien ausgewertet und Verurteilungsquoten zwischen 16 und 30 Prozent zusammengetragen. Es gibt aber auch Auswertungen, die auf eine Quote unter 10 Prozent kommen.

Wenn Opfer Anzeige erstatten und sich dem Prozess aussetzen, ist noch lange nicht gesagt, dass der Täter verurteilt wird.

Der Kriminologe Martin Rettenberger verweist darauf, dass „wir auch in anderen Deliktsbereichen einen hohen Schwund zwischen angezeigten Fällen und Verurteilung haben“. Aufgrund eines größeren Bewusstseins für sexuelle Grenzüberschreitungen werde insgesamt mehr angezeigt. „Steigende Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik sind also nicht immer negativ zu bewerten, ganz im Gegenteil“, sagt Rettenberger. Es sei gut, dass mehr aus dem Dunkelfeld ins Hellfeld gelangt. Relativ viele Anzeigen führten zu Ermittlungen, die dann aber nicht ganz eindeutig seien. Mögliche Gründe: Betroffene ziehen ihre Aussage zurück oder machen Angaben, die kaum verwertbar sind. Beteiligte können sich nicht mehr richtig erinnern. Oft steht Aussage gegen Aussage. „Wenn die Fälle unklar sind, dann werden sie im Rechtsstaat für die angeklagte Person ausgelegt. Die Schuld muss zweifelsfrei feststehen. Das ist ein hohes Gut, und das sollten wir nicht über Bord werfen“, sagt Rettenberger.

Das soll auch vor Falschbeschuldigungen schützen. Laut Forschung kommen

Gisèle Pelicot hat vielen Frauen Mut gemacht. Sie hat einen Wandel in Gang gesetzt, doch der Weg ist noch weit. Expertinnen fordern ein gesellschaftliches Klima, in dem Betroffene nicht stigmatisiert werden.



„Ich habe Angst“

Was Gisèle Pelicot geleistet habe, sei beeindruckend, sagt eine Frau, die eine Attacke nur knapp überlebte. Mehr Betroffene müssten sich äußern, doch das ginge oft nicht.

„Nach meiner Scheidung hatte ich zwei Jahre eine On-off-Beziehung mit meinem Expartner. Irgendwann trennte ich mich endgültig von ihm. Danach suchte er weiter Kontakt und stand öfter vor meiner Tür. Heute würde ich von Stalking sprechen. Freunde warnten mich, aber ich habe das nicht ernst genommen. Er hatte mir nie etwas getan. Als er alkoholisiert vor meiner Tür stand, dachte ich zum ersten Mal daran, die Polizei zu rufen. Dann waren zwei Wochen Ruhe.

Plötzlich stand er wieder vor meiner Tür. Es war ein Freitag, meine beiden Jungs waren schon im Haus, meine Tochter und ich kamen gerade. Ich schickte sie ins Haus. Da holte er völlig unvermittelt ein Messer raus und stach auf mich ein. In Tötungsabsicht – gezielt in Richtung Herz, dann in den Oberkörper. Ich habe mich mit meinen Händen versucht zu schützen, schrie laut, ging zu Boden. Und dann sah ich eine dunkle Gestalt, sie zog ihn von mir, nahm ihn in den Schwitzkasten. Es war ein junger Mann.

Mein Expartner versuchte, sich selbst zu töten, indem er das Messer in seinen Bauch stach. Erst sechs Monate später ging das Gerichtsverfahren los, was mich nervös machte. Ich wusste, dass er nach sechs Monaten ohne Gerichtstermin wieder aus der Untersuchungshaft darf. Nach sechs Verhandlungstagen wurde er zu sieben Jahren Freiheitsstrafe sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt verurteilt. Das ist kurz für versuchten Mord und schwere Körperverletzung. Das Gericht berücksichtigte, dass er Ersthäter ist, ein Alkoholproblem und eine psychische Erkrankung hat. Aus juristischer Sicht kann ich das Urteil nachvollziehen, aber aus Opfersicht ist es ein Schlag ins Gesicht.

Ich bin traumatisiert, arbeitsunfähig und schwerbehindert aufgrund meiner Verletzungsfolgen. Ich habe Angst um mich und meine Kinder: Vor knapp zwei Jahren wurde er in ein forensisches Krankenhaus gebracht. Ich weiß nicht, ob er wegen guter Führung vielleicht bald rauskommt.

Nach der Tat klingelten Journalisten an meiner Haustür und bedrängten Familienmitglieder. Meine Kinder wurden in der Schule von Mitschülern angesprochen, weil die Eltern neugierig waren. Es ist beeindruckend, was Gisèle Pelicot geleistet hat, aber ihr Täter bleibt im Gefängnis. Mehr Opfer müssten auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen, aber das ist oft nicht möglich. Zu kurze Haftstrafen, Kinder, die man nicht in Gefahr bringen möchte, oder andere Gründe sorgen dafür, dass Menschen wie ich das nicht machen.

Am ersten Gerichtstag war Presse anwesend, auch ein Kamerateam. Meine Anwältin sagte zu mir, dass ich mir eine Akte vor das Gesicht halten könnte. Aber das tat ich nicht – ich muss mich nicht verstecken, der Täter muss es.“

Antonia*

diese Fälle vor, sind aber selten. „Diese Einzelfälle sind schrecklich, keine Frage, werden aber meist medial aufgebauscht“, sagt Claudia Igney vom Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff). „Das steht in keinem Verhältnis zu der Vielzahl an Fällen, wo es andersrum ist: Die sexualisierte Gewalt hat stattgefunden, aber sie lässt sich nicht beweisen. Die Anforderungen des Strafrechts sind sehr hoch. Die Täter gehen straffrei aus. Aber das bedeutet eben nicht, dass die Tat nicht stattgefunden hat.“

Im Falle von Gisèle Pelicot war die Beweislage gegen die Angeklagten so eindeutig, weil die Taten gefilmt und akribisch archiviert worden waren. „Auch wenn es kein prototypischer Fall ist, war dieser Prozess wichtig, weil er dazu geführt hat, dass Menschen sich vorstellen können, was es alles gibt in unserer Gesellschaft und dass solche Taten nicht von Monstern begangen werden, sondern von Männern aus allen gesellschaftlichen Schichten und Berufen – ja sogar vom eigenen Ehemann“, sagt Igney.

Kapitel III Die Scham der Täter

In der psychologischen Betreuung von Inhaftierten spielt Scham eine Rolle, weil sie eine Hürde bei der therapeutischen Arbeit sein kann. „Hartnäckiges Leugnen und auch das vollständige Schweigen sind ein Mechanismus, um mit dem eigenen Schamgefühl umzugehen“, sagt Martin Rettenberger. „Scham hat mit der Angst davor zu tun, soziales Ansehen zu verlieren. Das unangenehme Gefühl lenken einige Männer unmittelbar in Aggression um“, weiß Rettenberger aus seiner Tätigkeit als Gutachter.

René Cuadra ist Gefängnis-Psychologe in der Justizvollzugsanstalt Offenburg und blickt auf fast drei Jahrzehnte Erfahrung mit Sexualstraftätern zurück. „Ich verstehe Gisèle Pelicot so, dass natürlich die Täter sich schämen sollten und nicht die von ihnen vergewaltigten Frauen“, sagt Cuadra. Die Äußerung könne aber auch so verstanden werden, dass die Scham von der einen Person zur anderen übergehen, dass man die Scham übertragen könne. „Das,

„Die Leute sprechen in der Justizvollzugsanstalt nicht darüber. Natürlich ist das sehr individuell, aber nach meiner Beobachtung haben viele keinen Begriff davon, was Scham bedeutet.“ René Cuadra

so denke ich, funktioniert nicht. Hat ein Opfer eine Scham nicht mehr, hat sie nicht automatisch der Täter. Wenn die Täter von Avignon Scham erleben können, ist es eine eigene.“ So wie es der Psychologe im Gefängnisalltag erlebt, ist kein Affekt bei Inhaftierten so wenig zugänglich wie die Scham. „Die Leute sprechen in der Justizvollzugsanstalt nicht darüber. Natürlich ist das sehr individuell, aber nach meiner Beobachtung haben viele gar keinen Begriff davon, was Scham bedeutet.“ Dabei spielen Scham in den Lebenswegen vieler inhaftierter Menschen eine große Rolle, sie hängen häufig eng mit Gewalt zusammen.

Im Pelicot-Prozess übernehmen die Männer kaum Verantwortung für ihre Taten. Die Psychologin Annabelle Montagne, die sechs der Täter begutachtet hat, sagt vor Gericht, dass keiner von ihnen sich der Vergewaltigung schuldig bekennen wolle. Haben diese Männer eine Trennung zwischen ihrem öffentlichen und sexuellen Leben gezogen? Haben sie eine Art Abwehrmechanismus entwickelt, damit sie normal weiterleben können? Die Psychologin bejaht dies.

Haben die Täter eine Art Abwehrmechanismus entwickelt, damit sie normal weiterleben können?

In der Kriminalpsychologie wird dieser Mechanismus mithilfe „kognitiver Verzerrungen“ erklärt. Das sind „Gedankenkonstrukte, mithilfe derer die Straftat relativiert und entschuldigt wird“, erklärt Psychologin Lydia Benecke, die mit verurteilten Sexualstraftätern arbeitet. „Auch Menschen, die schwere Straftaten begehen, neigen dazu, automatisch ein insgesamt positives Bild von sich selbst aufrechtzuer-

halten und auch entsprechend von anderen wahrgenommen werden zu wollen.“

Einige Vergewaltiger Pelicots verzerren vor Gericht die Wirklichkeit, indem sie behaupten, davon ausgegangen zu sein, es handele sich um ein Spiel des Paares. 35 der 51 Angeklagten beharren bis zum Schluss darauf, Gisèle Pelicot nicht vergewaltigt zu haben, weil ihnen nicht bewusst gewesen sei, dass das Opfer dem Sexualakt nicht zugestimmt hatte.

A

Als „Prozess der Feigheit“ bezeichnet Gisèle Pelicot die Erklärungsversuche der Angeklagten. Immer wieder verzieht sie spöttisch das Gesicht oder rollt mit den Augen. Die Männer sollen zugeben, was sie getan haben, fordert sie. Als ihr der Vorsitzende zum zweiten Mal das Wort erteilt, konfrontiert sie die Männer direkt: „Wann genau hat Madame Pelicot Ihnen eigentlich ihr Einverständnis gegeben?“ Die Antwort: Schweigen und gesenkte Blicke.

Benecke arbeitet mit ihren männlichen Klienten daran, solche kognitiven Verzerrungen abzubauen, damit sie Verantwortung übernehmen können. Wenn sie ihre Taten ungeschönt wahrnehmen, empfinden viele von ihnen Scham. Diese „ist eine unglaublich starke negative Emotion, die Menschen manchmal regelrecht überwältigt und im besten Fall dazu beitragen kann, dass sie bestimmte Dinge nicht oder nicht mehr tun“. Kann aus öffentlicher Beschämung Scham entstehen? „Möglich ist das schon“, sagt Benecke. „Scham kann soziales Verhalten fördern, aber auch

Aus der Befragung von BKA und Polizei zu Sexualdelikten

Anzeigequote bei sexuellem Missbrauch oder Vergewaltigung:

9,5%

Anzeigequote bei körperlicher sexueller Belästigung:

2,2%

kognitive Verzerrungen auslösen, um dadurch die Scham zu reduzieren oder sogar aggressive Empfindungen auslösen.“ Im Pelicot-Prozess gab es ihrer Meinung nach einen Moment, in dem beginnende Zweifel der Täter sichtbar geworden seien: Als die Videos der Taten gezeigt werden, schauen sie weg. Nicht ein Einziger möchte sich ansehen, was er getan hat.

Kapitel IV Das letzte Wort

Zumindest während ihres Prozesses hat Gisèle Pelicot das Ziel ihrer Mission erreicht. Der Großteil der Gesellschaft blickt mit Bewunderung auf sie und mit Unverständnis auf die Täter. Verteidigerinnen wie Nadia El Bouroumi, die auf ihrem TikTok-Kanal Gisèle Pelicot verhöhnt, indem sie zu „Wake me up, before you go go“ tanzt, erntet einen Shitstorm. Gegen Verteidiger Christophe Bruschi, der nach der Urteilsverkündung die wütenden Zuschauerinnen als „hysterisch“ und „zickig“ bezeichnet, startet Change.org eine Petition mit dem Ziel, ihn von der Anwaltsliste zu streichen. Eine weitere Petition schlägt Gisèle Pelicot für den Friedensnobelpreis vor. Innerhalb weniger Wochen haben mehr als 170.000 Menschen unterschrieben. In der Zeit von Gisèle Pelicot lassen viele Frauen und Männer Täter-Opfer-Umkehr und Macho-Gehabe nicht mehr durchgehen. Die Scham wechselt die Seiten.

W

Was muss geschehen, damit das dauerhaft so bleibt? Für Pelicot ist die Sache klar. Als der Vorsitzende Richter ihr zum letzten Mal das Wort erteilt, fordert sie gewohnt ruhig und würdevoll: „Es ist an der Zeit, dass sich die machistische und patriarchalische Gesellschaft endlich ändert und aufhört, Vergewaltigung zu verharmlosen. Wir müssen dringend unsere Sichtweise auf Vergewaltigung ändern.“ Ihre Tochter Caroline Darian geht weiter. Sie nutzt das große Interesse, um sich mit ihrer neu ge-

gründeten Stiftung M'endors pas (Betäub mich nicht) dafür einzusetzen, dass die sogenannte chemische Unterwerfung als Straftat verfolgt wird.

Und in Deutschland? „Ich würde mir wünschen, dass wir als Gesellschaft bewusst auf unseren Umgang mit Opfern achten“, sagt Sozialpsychologin Friederike Funk. „Vor allem in Zeiten von Social Media, in denen wir alles in Echtzeit kommentieren können, wäre es doch schön, einfach mal keine voreilige Meinung zu posten, wenn man die Fakten schlichtweg nicht kennt.“ Kriminologe Martin Rettenberger meint: „Damit die Scham die Seite wechseln kann, braucht es langfristige Veränderungen statt Schnellschüsse. Und das fängt schon bei einer frühen Sensibilisierung von Jungs für die Gleichberechtigung an.“

Eine Petition schlägt Gisèle Pelicot für den Friedensnobelpreis vor. Innerhalb weniger Wochen haben mehr als 170.000 Menschen unterschrieben.

Claudia Igney sagt: „Sexualisierte oder andere Formen von Gewalt erlebt zu haben, gehört zur Biografie vieler Frauen. Das macht sie aber nicht für immer zum Opfer. Da sind auch viel Stärke, Mut und Kraft und Wege der Bewältigung. Darüber sollte mehr berichtet werden. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem Frauen offen über all das sprechen können, ohne Stigmatisierung befürchten zu müssen.“

Mit einem Lächeln im Gesicht und sichtlich erleichtert verlässt Gisèle Pelicot am 19. Dezember 2024 nach Prozessende den Gerichtssaal, in dem kurz zuvor die Urteile verkündet worden waren. Sie hat es gerade noch durch den Metalldetektor geschafft, mehr Platz am Ausgang war wegen des Presseandrangs nicht. Aufrecht, selbstbewusst und ruhig, im Kreise ihrer Familie, sagt sie: „Ich wollte, dass die Gesellschaft an den Debatten teilhat, die am 2. September stattfanden, als ich die Türen zu diesem Prozess öffnete. Diese Entscheidung habe ich nie bereut. Ich habe jetzt Vertrauen in unsere Fähigkeit, gemeinsam eine Zukunft zu gestalten, in der jede Frau und jeder Mann in Harmonie, Respekt und gegenseitigem Verständnis leben kann.“ **Namen geändert*

Transparenzhinweis

Zum Fall Pelicot hat sich auch der WEISSE RING öffentlich positioniert. Bundesgeschäftsführerin Bianca Biwer sagte zum Prozessende:

„Gisèle Pelicot ist nicht nur eine bewundernswert tapfere Frau - ihr ist ohne jede Einschränkung zuzustimmen, wenn sie fordert: ‚Die Scham muss die Seite wechseln.‘ Niemand muss sich schämen, Opfer einer Straftat geworden zu sein. Für Taten sind Täter verantwortlich, niemals die Opfer. Ich wünsche mir sehr, dass diese Erkenntnis endlich auch in Deutschland die letzten Zweifler erreicht, die immer noch meinen, die Kleidung eines Vergewaltigungsopfers oder der Trennungswunsch eines Femizidopfers hätten etwas mit dem Verbrechen zu tun. Vielleicht tragen das Beispiel von Gisèle Pelicot und ihr furchtloses Auftreten in der Öffentlichkeit dazu bei. Unabhängig davon sollte man jedem Opfer eines Verbrechens, das seine Privatsphäre schützen möchte und auf Anonymität besteht, dies auch zugestehen.“

Gisèle Pelicot bei Social Media



Der Vergewaltigungsprozess im französischen Avignon hat die Menschen sehr bewegt. Auch in den Social-Media-Kanälen des WEISSEN RINGS fanden sich zahlreiche berührende Kommentare dazu. Wir veröffentlichen hier eine Auswahl.

„Ich schicke dieser mutigen, starken Frau, alle Liebe, Kraft, Dankbarkeit und Anerkennung. Vom ganzen Herzen.“

„So stark von ihr... Kein Opfer muss sich schämen. Die Scham gehört an die Täter. Ihr zerstört Leben, ihr zerstört Träume, ihr zerstört Kindheiten...“

„Ich habe die größte Achtung vor dieser Frau, dass sie ihre furchtbare Situation für etwas Gutes nutzt und so viel Stärke zeigt!“

„Es sollten mehr Frauen sich wagen, sich dem anzuschließen.“

„Unfassbar und so widerlich 😞 Ich bin wirklich schockiert von diesen Taten 🤢🤮
Keine noch so hohe Strafe kann DAS wieder gut machen. Ich wünsche ihr von Herzen, dass sie es, soweit möglich, irgendwann verarbeiten kann. 🙏❤️“

„Also mir fehlen die Worte. 😞“

„❤️ Was für eine mutige Frau! Ich bin in Gedanken bei Ihnen und sende Liebe und Heilung. ❤️“

„Es sind nicht alle Männer die Taten begehen, aber unfassbar viele die schweigen und demnach mitmachen. Als Frau Angst zu haben, ist sehr wohl berechtigt.“

„Unfassbar. 😞“

„Tapfere und mutige Frau! 🙌“

„Ich wünsche ihr Gerechtigkeit und inneren Frieden. 😊“

„😞😞😞“



„Hab erst vor kurzem über sie erfahren und puh 😞 Ich komme immer noch nicht klar, was sie durchgemacht hat! Das geht in meinen Kopf nicht rein, es ist so surreal! Ich hoffe, sie wird es halbwegs verarbeiten und ein normales Leben führen. Das wünsche ich ihr so sehr 😞❤️“

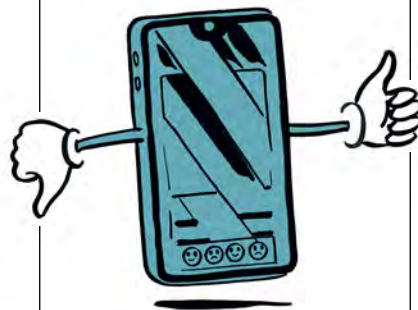
„Für mich persönlich, ‚Person of the year‘. Und noch viel mehr. ❤️“

„Sie ist ein Vorbild für uns alle. Und doch unfreiwillig dazu gemacht worden.“

„Sie bewegt so viel! Wie stark, aus diesem Schicksal, so etwas Wertvolles zu schaffen. Danke Gisèle! Und danke Euch, für Eure Arbeit!“

„Wahnsinn!!!
Zum einen, was diese Frau überstanden hat und schafft, und zum anderen die Worte ‚Die Scham muss die Seite wechseln.‘ Sehr treffend 🙏🙏🙏!!!“

„Das ist für diese abscheulichen Taten das Mindeste. Sie ist ein Vorbild für alle Frauen und sie hat mir den Mut gegeben, Dinge, die passiert sind, zu benennen.“

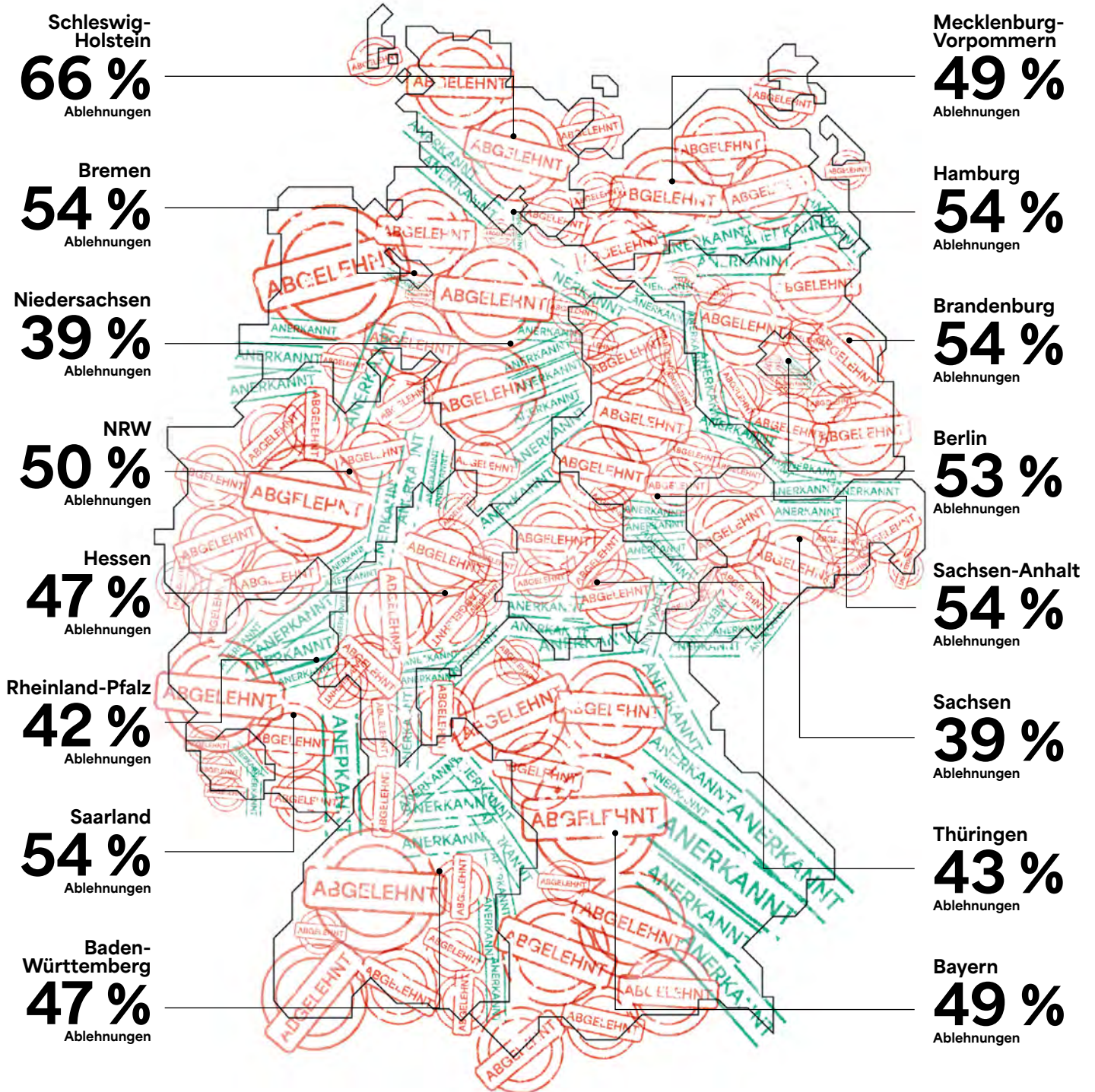


WEISSER RING
auf Instagram:



Opferentschädigung

Jeder zweite Antrag wird abgelehnt



N

Neuer Negativrekord bei der staatlichen Unterstützung für Opfer von Gewalt: Im Jahr 2023 haben die Versorgungsämter in Deutschland 48,1 Prozent der Anträge auf Hilfen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) abgelehnt. Der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2022 lag bei 46,6 Prozent. Das geht aus der jährlichen exklusiven Dokumentation des WEISSEN RINGS hervor.

Zwischen den Bundesländern bestehen teils deutliche Unterschiede. Besonders hoch war die Ablehnungsquote in Schleswig-Holstein (66,2 Prozent), Hamburg (54,2 Prozent) und Sachsen-Anhalt (54,4), am niedrigsten in Sachsen (38,6), Niedersachsen (38,9) und Rheinland-Pfalz (42,4).

Genehmigt haben die Versorgungsämter bundesweit nur 23,4 Prozent der Anträge – so wenig wie noch nie. Der Tiefststand aus dem Jahr 2019 – 26,2 Prozent – wurde unterboten. Die niedrigsten Anerkennungsquoten im Jahr 2023 hatten Schleswig-Holstein (12,3 Prozent), Sachsen (13,8) und Hessen (22,3), die höchsten verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (40,5), Hamburg (37) und Bayern (32,7).

Die Antragsquote ist nach wie vor niedrig und liegt noch unter dem Vorjahreswert. 2023 gingen lediglich 15.125 Anträge bei den zuständigen Versorgungsämtern ein. Das entspricht nur 7 Prozent der 214.099 Gewalttaten, die das Bundeskriminalamt in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst hat. Ein Jahr zuvor waren es 7,9 Prozent.

Ein großer Teil der Anträge erledigte sich aus sonstigen Gründen, ohne dass Hilfe geleistet wurde, etwa weil die Betroffenen das Verfahren nicht fortsetzten oder sich die Zuständigkeit durch einen Umzug in ein anderes Bundesland änderte. Die Ursachen für die „Erledigungen aus sonstigen Gründen“ werden bisher weder einheitlich noch bundesweit erfasst. Im Jahr 2023 betrug der Anteil 28,5 Prozent und lag damit noch etwas höher als im Jahr zuvor (27,1 Prozent). Der WEISSE RING geht davon aus, dass viele Opfer ihre Anträge zurückziehen, weil teils jahrelange Antragsverfahren und

aussagepsychologische Begutachtungen sie stark belasten.

Das OEG wurde 1976 verabschiedet und galt bis Ende 2023. Darin verpflichtete sich der Staat, Menschen zu unterstützen, die beispielsweise von Körperverletzung oder sexualisierter Gewalt betroffen sind. Die Entschädigung, die etwa eine monatliche Rente oder die Zahlung von Behandlungskosten umfasst, richtet sich nach der Schwere der Folgen. Über die Anträge entscheiden regionale Versorgungsämter in den Bundesländern; die Opfer müssen während der Verfahren zum Beispiel Unterlagen einreichen und bei Gutachten mitwirken.

Seit Januar 2024 ist die Opferentschädigung im Sozialgesetzbuch XIV neu geregelt. Aussagekräftige Zahlen zu den Auswirkungen liegen noch nicht vor. Die Reform sieht unter anderem höhere Entschädigungssummen und ein „Fallmanagement“ vor, das Betroffene besser begleiten soll. Darüber hinaus wird der Gewaltbegriff weiter gefasst und soll auch psychische Attacken berücksichtigen. Der WEISSE RING hatte sich für eine Gesetzesnovelle eingesetzt.

„Die jüngsten Zahlen zum Opferentschädigungsgesetz bestätigen unsere Erkenntnisse, dass die dringend notwendige Hilfe bei den Opfern oft nicht ankommt. Wieder müssen wir Negativrekorde melden, obwohl wir seit Jahren auf die Not der Betroffenen hinweisen und Verbesserungen fordern“, sagt Bianca Biber, Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS. „Wir hoffen, dass die Neuregelung über das SGB XIV endlich Fortschritte bringt, und werden die Entwicklung genau im Blick behalten.“



*Erledigungen aus „sonstigen Gründen“ sind u. a. Rücknahme des Antrags, Abgabe an andere Ämter, Wegzug, Tod.

Quelle: WEISSER RING e. V. (Zusammengestellt aus Zahlenmaterial der Landesversorgungsämter), Stand: Februar 2025



Die Redaktion des WEISSEN RINGS recherchiert seit 2022 zum Thema und hat die Ergebnisse als #OEGreport im WEISSEN RING Magazin und auf ihrer Webseite veröffentlicht: wr-magazin.de/themen/opferentschaedigung-jeder-zweite-antrag-wird-abgelehnt/

Die Show „Tödliche Liebe“ mit den Moderatoren Jacqueline Belle und Alexander Stevens verspricht dem Publikum „ein einzigartiges und fesselndes Erlebnis“ mit Tatortfotos und Akteneinsicht.



True Crime
und die Opfer

Ungefragt ausgenutzt



True Crime boomt. Journalisten erzählen „wahre Verbrechen“ nach, in Podcasts von Lokalzeitungen oder in großen Live-Shows. Fast immer geht es um Mord. Das Publikum ist begeistert, für die Hinterbliebenen aber ist es oft der blanke Horror, der sie buchstäblich zum zweiten Mal verletzt.

Die Angehörigen (Ostfriesland)

Sie will am Samstag nur schnell zum Friseur, da sieht sie das Plakat im Schaufenster des örtlichen Zeitungshauses: Werbung für den True-Crime-Podcast „Aktenzeichen Ostfriesland“. Auf dem Plakat stehen ein QR-Code und drei kurze Sätze zum Mord an ihrer Schwester, „so eklig, dass ich sie nicht wiederholen will“, sagt Sophia* (27) später.

Im Internet findet sie einen Zeitungsartikel zum Podcast. Das Foto zum Artikel zeigt den Sarg ihrer Schwester. Sophia sieht ihn zum ersten Mal: 2008, als der Mord geschah, durfte sie nicht mit zur Beerdigung, sie war erst zehn Jahre alt. Sie bekommt eine Panikattacke, ihr Herz rast, sie schwitzt. Sie steigt ins Auto und fährt zur nächsten Polizeistation, „machen Sie doch etwas!“, schreit sie den Polizisten an, sie weint. Am Montag kann Sophia nicht zur Arbeit gehen, ihre Psychotherapeutin muss sie auffangen.

Sarah* (39), ihre Schwester, hat den Podcast bereits ein paar Tage vor Sophia entdeckt. Freunde haben ihr die Facebook-Werbung weitergeleitet, „mach das nicht an“, warnten sie. Natürlich macht sie es trotzdem an, es ist doch ihr Fall: der brutale Mord an ihrer Schwester, der Kummer der Familie, die Mutter, die an dem Tag ein Stück mitgestorben sei. Sie hört nur kurz zu, sofort sieht sie sich 16 Jahre zurückversetzt.

„Es fühlte sich an wie an dem Tag, als das alles passiert ist“, sagt sie später: die Angst, die Panik, der Schmerz. Und der Druck: Sie muss ihre Familie schützen. Die Schwester, die Mutter, der Vater – sie dür-

fen nicht von dem Podcast erfahren! Sarah erleidet einen Nervenzusammenbruch.

Leer ist eine kleine Stadt, Sarah kann ihre Familie nicht schützen. Sophia fährt zum Friseur, Nachbarn erzählen den Eltern von dem Podcast.

Die Angehörige (Oberbayern)

Ein neuer Start an einer neuen Schule, eine neue Chance, niemand hier kennt ihre Geschichte. Barbara (38) hat ihren Mädchennamen abgelegt, sie hat eine Auskunftsperre für ihre Adresse beantragt. Auch sonst geht es ihr gut: Zum ersten Mal seit dem Mord an ihrer Zwillingsschwester hat sie der bevorstehende Jahrestag nicht aus der Bahn geworfen. Ausgerechnet jetzt erfährt Barbara von dieser True-Crime-Show: eine große Tournee, Zehntausende Zuschauer, im Mittelpunkt der Fall ihrer Schwester. Seit Tagen kann sie nachts nicht schlafen, jetzt sitzt sie mit Herzrasen und Flashbacks im Lehrerzimmer in der Konferenz.

In ihrer früheren Schule hatte die Polizei ihr die Todesnachricht überbracht. In der neuen Schule versucht sie, ihr Zittern zu verbergen. Nicht in Tränen auszubrechen. Nicht rauslaufen zu müssen. Es geht nicht. Barbara muss ihren neuen Kollegen erklären, wer sie ist und was damals geschah. „Ich hatte gedacht, ich könnte hier endlich neu anfangen“, sagt sie.

Am Nachmittag geht sie zur Gitarrenstunde, um sich abzulenken. Sie kann die Gitarre nicht festhalten, so sehr zittert sie.

Text: Karsten Krogmann

Es wird Zeit für den Höhepunkt der Show: ein Interview mit dem rechtskräftig verurteilten Mörder im Gefängnis. Kein Laut ist zu hören im Saal, als der Mörder seine vom Gericht widerlegte Lüge in der Show wiederholt.

Die Live-Show (Hannover)

„Viel Spaß!“ wünscht der Mann an der Kartenkontrolle, „viel Spaß!“ wünscht die Frau am Getränkeresen. Rund tausend Menschen drängen sich gut gelaunt ins „Theater am Aegi“ in Hannover, sie prosen sich zu mit Sekt und Bier.

„Tödliche Liebe“ heißt die Live-Show zum True-Crime-Podcast des Radiosenders Bayern 3, die Veranstalter versprechen ein „einzigartiges und fesselndes Erlebnis“, „mit Tatortfotos, Akteneinsicht und der Möglichkeit, live Fragen zu stellen“. Eintrittskarten kosten zwischen 39,90 und 49,90 Euro, VIP-Pakete gibt es ab 99,90 Euro. Gut 100 Termine sind geplant in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die Kommentare im Internet sind positiv: „Super lustiger Abend für Fans und solche, die es noch werden wollen!“, lobt ein Fan aus Wien.

Auf der Bühne stehen zwei breite Sessel und ein Spaten, aus den Lautsprechern sickert dräuende Musik, und schon brandet Jubel auf: Jacqueline Belle (35) und Dr. Alexander Stevens (43) treten ins Scheinwerferlicht, Gastgeber des Bayern-3-Podcasts und Stars des Abends. Die nächsten eineinhalb Stunden wird es um einen Mord in Bayern gehen, um den Mord an Barbaras Zwillingsschwester. Belle und Stevens haben die Namen von Opfer und Täter geändert, „zum Schutz der Angehörigen“, sagt Belle, der Rest der Handlung folgt eng dem Original. True Crime bedeutet ja „wahre Verbrechen“.

KI-Bilder zeigen ein junges Paar, Laura und Stefan heißen die beiden hier, sie wollen bald heiraten. Dann verschwindet Laura spurlos. Der KI-Film stoppt, Cliffhanger.

„Habt ihr eine Idee, was mit Laura passiert ist?“, fragt Jacqueline Belle.

„Tot!“, ruft ein Witzbold in den Saal. Großes Gelächter.

Die wahre Laura verschwand 2012, 2013 wurde ihr Leichnam gefunden. Der wahre Stefan geriet in Verdacht, Ermittlungen wurden aufgenommen, eingestellt, wieder aufgenommen, wieder eingestellt. Die Familie der wahren Laura kämpfte dafür, dass der Fall weiterverfolgt wird. 2020

wurde dem wahren Stefan der Prozess gemacht. Das Gericht verurteilte ihn wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe und stellte die besondere Schwere der Schuld fest.

„Wie würdet ihr entscheiden, wenn ihr in diesem Gerichtssaal wäret?“

In der True-Crime-Show bleibt der Fall offen. Jacqueline Belle spielt die Rolle der Anklägerin, Alexander Stevens die des Strafverteidigers. Immer wieder bringt er Entlastendes für Stefan vor. Zum Beispiel zum Spaten, der am Fundort lag und für den sich ein Kaufbeleg bei Stefan fand: „Ich verrate dir einen uralten Strafverteidiger-Trick: nichts glauben, was dir die Polizei erzählt!“ Gelächter.

Das Show-Publikum darf mitraten und mit dem Smartphone Richter spielen.

„Hat Stefan mit dem Verschwinden von Laura zu tun?“ „Ja“, sagen 58 Prozent, „Nein“ 42 Prozent.

Es wird Zeit für den Höhepunkt der Show. Belle und Stevens haben mit dem wahren Stefan im Gefängnis ein Interview geführt. Kein Laut ist zu hören im Saal, als der Mörder seine vom Gericht widerlegte Lüge wiederholt, es sei doch nur ein Unfall gewesen.

„Wie würdet ihr entscheiden, wenn ihr in diesem Gerichtssaal wäret?“

Knapp ein Viertel der Zuschauer hält Stefan, in Wahrheit ein rechtskräftig verurteilter Mörder, für unschuldig.

Die Angehörige (Oberbayern)

„Ins Loch gefallen“ sei sie, als sie vom Inhalt der Show erfahren habe, sagt Barbara, die Zwillingsschwester der wahren Laura. Das Video mit dem Mörder, die Verteidigerrolle von Stevens, die Abstimmung im Saal, „das stellt alles infrage, was meine Familie erreicht hat“.

Wenige Wochen vor dem Start der Show habe Jacqueline Belle mit ihr telefoniert und um eine Stellungnahme für die Show gebeten, sagt Barbara. Sie habe Belle gebeten, auf die Darstellung ihres Falls zu verzichten. „Das letzte Gespräch mit ihr habe

ich heulend beendet.“ Sie besucht die Show nicht selbst, sie will sich schützen, aber sie lässt sich den Inhalt von Bekannten schildern. „Jetzt weiß ich, dass sie auf unseren Fall gar nicht verzichten konnten: Dann hätten sie ja keine Show mehr gehabt.“

Barbara schaltet eine Anwältin ein, die ein langes Schreiben an den Bayerischen Rundfunk (BR) aufsetzt. Unter anderem fordert sie, dass keine Bilder aus der Originalakte in der Show gezeigt werden. Es geht unter anderem um ein Bild von der Unterwäsche ihrer Schwester.

Lang ist auch die Antwort aus der Rechtsabteilung des BR, eher knapp der Inhalt: Der BR könne als Lizenzgeber der Show nicht in das Bühnenprogramm eingreifen, sehe aber auch keinen Anlass dafür. Opferrechte würden nicht verletzt, das Leid der Angehörigen nicht relativiert.

Aber: Die Moderatoren der Show hätten zugesagt, künftig keine Originalbilder aus der Akte mehr zu verwenden.

Der Podcast (Ostfriesland)

Stimme 1: „Hier passieren durchaus auch Morde, Totschläge, allerlei Gewaltdelikte ... das sticht natürlich trotzdem komplett heraus.“

Stimme 2: „Ich war ehrlich gesagt ziemlich geflasht ... dass ich gedacht habe: krass ... das hier in Leer?!“

Stimme 1: „So viel können wir, glaube ich, schon mal sagen, es sind wirklich Abgründe, die sich da auftun, und auch verstörende Details.“

Stimme 2: „Bleibt dran, es bleibt spannend!“

Die beiden Lokaljournalisten der Zeitungsgruppe Ostfriesland sind fasziniert. Der 16 Jahre zurückliegende Mordfall, den sie im Zeitungsarchiv entdeckt haben, der Mord an Sophias und Sarahs Schwester, ist besonders: besonders verstörend, besonders grausam, besonders spektakulär. Fünf Folgen nehmen sie sich Zeit, die Geschehnisse im Podcast „Aktenzeichen Ostfriesland“ nachzuerzählen.

Im Lokaljournalismus funktionieren True-Crime-Podcasts zumeist so: Zwei Zeitungsjournalisten sprechen über das, was sie im Zeitungsarchiv recherchiert

haben. So ist es auch hier, die Journalisten spekulieren über eine mögliche Beziehung von Opfer und Täter, über das mögliche Motiv des Täters, über seinen möglichen Suizid. Antworten können sie nicht geben, der Täter starb am Tag der Tat bei einem Autounfall, juristisch aufgearbeitet wurde der Mord deshalb nie.

„Bleibt dran, es bleibt spannend!“

Die Folgen heißen „Der Crash“ oder „Die Beerdigung“, jeder Folge steht eine Triggerwarnung voran: „Die Inhalte, die wir schildern, können belastend und retraumatisierend sein. Wenn du befürchtest, dass dir das nicht guttun könnte, hör bitte nicht weiter.“ Vor Facebook-Werbung, vor Schaufenster-Plakaten, vor gesprächigen Nachbarn wird nicht gewarnt.

In der letzten Folge sprechen die Journalisten über „Die Berichterstattung“.

Stimme 1: „Klar, natürlich konnte man nicht mehr mit (dem Mordopfer) in Rücksprache treten, das liegt in der Natur der Sache dieses schrecklichen Ereignisses. Aber es geht ja auch viel um die Angehörigen, die Hinterbliebenen und so.“

Stimme 2: „Die Angehörigen müssen beklagen, dass ihr Kind gestorben ist, und auch noch auf eine brutale Art und Weise getötet worden ist ... und dann müssen sie diese Öffentlichkeit noch ertragen. Ich weiß von vielen dieser Familien, dass die das nicht geschafft haben. ... Und da muss man auch wirklich jedes Mal abwägen: Was kann man noch machen und was auch nicht?“

Die Angehörigen (Ostfriesland)

Für Sophia und Sarah steht fest: Was man nicht machen kann, das ist so ein Podcast.

Beide Schwestern haben eine diagnostizierte Posttraumatische Belastungsstörung, beide haben unabhängig voneinander die Zeitung kontaktiert. „Ich habe den Reporter nur angeschrieben“, sagt Sophia. Auch andere meldeten sich bei der Zeitung und berichteten von der Belastung der Angehörigen durch den Podcast: ein damaliger Ermittler, ein Mitarbeiter des WEISSEN RINGS in Ostfriesland.

Aus einer Recherche des
WEISSEN RINGS zu
Podcasts in Deutschland

75%

aller in Podcasts
behandelten Verbrechen
sind Tötungsdelikte

8%

waren Entführungs- und
Vermisstenfälle

3%

behandelten Vergewaltigung
und Kindesmissbrauch

Journalisten sollen informieren. Aber gibt es überhaupt ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit an einem 16 Jahre zurückliegenden Mord in Ostfriesland oder an einem zwölf Jahre zurückliegenden Mord in Bayern?

Mehr zum Thema
„True Crime“

#truecrime:



Der Zeitungsverlag reagierte auf die Kritik: Er stoppte die Werbung für den Podcast, er nahm die Plakate ab, er beendete die Social-Media-Kampagne. Er nahm Abstand von der Idee, jede Folge einzeln zu bewerben und zu veröffentlichen.

Nur eines tat der Verlag nicht: Er nahm den Podcast nicht aus dem Netz.

Die Öffentlichkeit (Mainz und Berlin)

Im **Pressekodex** des Deutschen Presserats heißt es: „Bei der Berichterstattung über Gewalttaten (...) wägt die Presse das Informationsinteresse der Öffentlichkeit gegen die Interessen der Opfer und Betroffenen sorgsam ab.“ Vor der Abwägung steht aber die Frage: Gibt es überhaupt ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit an einem 16 Jahre zurückliegenden Mord in Ostfriesland oder an einem zwölf Jahre zurückliegenden Mord in Bayern?

Der Mainzer Journalismus-Professor Dr. Tanjev Schultz fordert „strenge Kriterien“ für True-Crime-Beiträge. „Ein Fall muss für die Gegenwart noch etwas bedeuten. Es muss – wieder oder weiterhin – aktuelle Aspekte geben“, schreibt er in einem Gastkommentar für das WEISSER RING Magazin. „Ohne eine Wende in einem Kriminalfall, ohne drängende aktuelle Fragen sind True-Crime-Beiträge oft nur dies: eine Verkaufsmasche.“

„Das persönliche Schicksal von Menschen wird genutzt, um Einschaltquote, Auflage und Klickzahlen zu generieren.“

Wie Schultz sieht der Berliner Medienanwalt Professor Dr. Christian Schertz ein „überwiegendes Informationsinteresse“ nur bei Straftaten der Zeitgeschichte, „die zur DNA der Bundesrepublik gehören“: etwa die RAF-Verbrechen oder die NSU-Morde. Hinter der „großen Zahl der Morde und Tötungsdelikte, die wieder ins Licht der Öffentlichkeit gezogen werden, obwohl sie abgeurteilt und abgeschlossen sind“, erkennt er keine journalistischen Motive, sondern ökonomische: „Das persönliche Schicksal von Menschen wird genutzt, um

Einschaltquote, Auflage und Klickzahlen zu generieren.“

Der Chefredakteur (Ostfriesland)

Lars Reckermann, 54 Jahre alt, hat wenig Zeit. Gestern war er in Berlin, Chefredakteurstagung; heute trifft er sich mit alten Kollegen in Oldenburg; morgen ist große Mitarbeiterversammlung in Leer. Unser Gespräch quetscht er zwischen Berlin und Oldenburg.

Wie alle Tageszeitungschefredakteure treibt Reckermann der Medienwandel um; die Titel der Zeitungsgruppe Ostfriesland haben seit Ende der 90er-Jahre mehr als 40 Prozent ihrer Druckauflage verloren. Deshalb experimentiert er wie so viele andere Chefredakteure mit digitalen Formen. Eine davon heißt Podcast – und der erfolgreichste Podcast der Zeitungsgruppe heißt „AktENZEICHEN Ostfriesland“, sagt er begeistert, „mit riesigem Abstand“. Der Verlag verdient kein Geld damit, er bekomme aber anderes von Wert: junge Menschen unter 40! Eine hohe Durchhör-Quote! Fans, eine Community! „Hier erleben Leute, für die Zeitung nur noch totes Papier ist, dass es uns auf anderen Kanälen gibt. True Crime funktioniert.“

Es gibt also ein Verlagsinteresse an dem 16 Jahre alten Mordfall. Gedeckt wird das laut Reckermann aber von einem Informationsinteresse der Öffentlichkeit: „Ein so außergewöhnlicher Fall gehört zum historischen Gedächtnis der Stadt Leer und zur DNA einer Lokalzeitung.“

Der Chefredakteur sagt aber auch: „Die Kritik der Angehörigen hat uns sensibilisiert, da bleibt etwas hängen. Ich glaube, es wird in Zukunft ein bisschen anders laufen bei uns.“ Wie anders, das weiß er noch nicht.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (München)

Die Abstimmung mit dem Smartphone. Die Kritik am rechtskräftigen Urteil. Das Mörderinterview aus dem Gefängnis. Der missachtete Wunsch der Zwillingsschwester, den Mord bitte nicht zum Gegenstand



„True Crime funktioniert“, sagt der Chefredakteur: „Aktenzeichen Ostfriesland“ ist der erfolgreichste Podcast der Zeitungsgruppe Ostfriesland - „mit riesigem Abstand“. Mit True Crime erreicht der Verlag junge Leser und bindet sie an die Zeitung.



der Show zu machen. Verstößt das nicht gegen den Pressekodex? Gegen ein sensibles und ethisches Vorgehen, für das Bayern 3 sich nach eigenen Angaben einsetzt? Schürt das nicht Zweifel am Rechtsstaat?

Wir schicken einen Fragenkatalog an den Bayerischen Rundfunk.

„Im Gegenteil“, antwortet Bayern 3 aus München: „Durch das Programm werden ja gerade Einblicke in unsere Gerichtsbarkeit gewährt, die üblicherweise in dieser Tiefe Nicht-Juristen nicht bekannt sind.“ Die Show zeige, wie das Rechtssystem funktioniere. Die Urteilkritik sei „durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit“ ebenfalls „Teil des Rechtsstaats“. So wie letztlich auch das Mörderinterview: Bei den dort wiederholten Aussagen handele es sich „um die Wiedergabe eines Teils des Prozesses“.

Die Show biete „juristische Einordnung und Erklärung“, mehr noch: „Durch die einerseits juristisch-journalistische, andererseits sehr empathische Aufbereitung erfährt das schwierige, aber wichtige Thema ‚Femizid‘ anhand dieses exemplarischen Falles Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.“

Es sei „mit einem besonderen Maß an Sensibilität und Fingerspitzengefühl“ gearbeitet worden. Für die Show habe man die Namen von Täter und Opfer geändert, und man zeige inzwischen keine Original-

fotos mehr, „um den Wünschen der Familie noch mehr zu entsprechen“. True Crime im Dienste der Allgemeinheit?

Die Angehörigen (Oberbayern und Ostfriesland)

Es gehe wieder los, sagt Barbara. Seit die Show laufe, versuchten Journalisten, sie zu kontaktieren: über Kollegen, Bekannte, ihre Anwältin. Neue Berichte über den alten Fall erscheinen. „Und dann sitzt man da abends und bricht zusammen. Und der Partner muss einen auffangen.“

Was wünscht sie sich?

„Eine bessere Rechtsgrundlage“, sagt Barbara. „Wenn das Schlimmste passiert, wenn jemand stirbt, dann steht das Opfer nach zehn Jahren ohne Schutz da.“

„Ich wünsche mir, dass der Podcast gelöscht wird“, sagt Sophia.

„Vielleicht wäre schon etwas gewonnen, wenn man es anders machen würde“, überlegt Sarah, ihre Schwester. „Wenn man wenigstens versuchen würde, die Angehörigen zu kontaktieren, bevor man so eine Welle lostritt.“

Es sei doch so, sagt Barbara: „Die haben eine erfolgreiche Show, die schlafen gut. Ich liege nachts wach und muss es aushalten.“

*Namen geändert

Transparenzhinweis:

In der Show „Tödliche Liebe“ wurde bislang auf die Hilfsangebote des WEISSEN RINGS hingewiesen, die Veranstalter sammelten zudem Spenden für den Verein. Der WEISSE RING hatte auf Anfrage von Bayern 3 Informationsmaterial und eine Spendensammelbox zur Verfügung gestellt. Inhalt und Ablauf der Show waren dem Verein zum Zeitpunkt der Anfrage nicht bekannt.

Autor Karsten Krogmann und Lars Reckermann, Chefredakteur der Zeitungsgruppe Ostfriesland, haben zwischen 2016 und 2019 bei der Nordwest-Zeitung zusammengearbeitet.

Ein Anruf bei ...



In einem Gastbeitrag für das Magazin des WEISSEN RINGS setzte sich Medienanwalt Professor Dr. Christian Schertz 2023 mit dem True-Crime-Boom auseinander. Unter dem Titel „Opferrechte bleiben bei True Crime auf der Strecke“ nannte er die Rechtslage für Betroffene „kaum zu ertragen“ und forderte gesetzliche Nachbesserungen. Was hat sich getan seither?

... Christian Schertz

Text: Karsten Krogmann
Foto: Julia Steinigeweg

Herr Professor Schertz, lesen Sie, hören Sie, schauen Sie True Crime?

Ich schaue mir immer wieder True-Crime-Formate an – aber vorrangig, weil ich mich sowohl wissenschaftlich als auch in öffentlichen Äußerungen gegen einige dieser kommerziellen True-Crime-Formate ausspreche. Meines Erachtens werden hier nämlich die Opferrechte schlicht missachtet. Das persönliche Schicksal von Menschen wird genutzt, um Einschaltquote, Auflage und Klickzahlen zu generieren. Um aber mitzureden zu können, muss ich mir angucken, was die Medien da machen. Und ich kann nur sagen, dass viele der Formate meines Erachtens eklatante Opferrechtsverletzungen enthalten – oder aber, wenn es keine Rechtsverletzungen sind, dass die

Opfer rechtlos sind, weil sie als Verstorbene leider postmortal keine Persönlichkeitsrechte mehr besitzen.

Gibt es True-Crime-Formate, denen Sie Positives abgewinnen können?

Nachvollziehbar finde ich etwa Fernsehformate, die der Fahndung dienen, wie „Aktenzeichen XY... Ungelöst“, also Fälle, wo der Täter noch nicht ermittelt ist. In diesen Fällen erlaubt auch der Gesetzgeber die Nutzung von Bildern von Opfern und Tätern zu Fahndungszwecken, das ist sogar ausdrücklich erwünscht. Aber das ist ja ein völlig anderer Ansatz als in schätzungsweise 90 Prozent der aktuell laufenden True-Crime-Formate, die Verbrechen spektakulär und effekthascherisch inszenieren mit teilweise unerträglichen Details der Morde, um Auflage und Quote zu machen.

In den allermeisten True-Crime-Formaten geht es um zurückliegende und juristisch abgeschlossene Mordfälle. Darf sich Journalismus hier auf ein öffentliches Interesse berufen?

Dass man im Wege von Chronistenpflichten historische Straftaten darstellt, die zur DNA der Bundesrepublik gehören, das verstehe ich. Weil das Zeitgeschichte ist. Ich denke dabei zum Beispiel an die RAF-Taten, das Gladbecker Geiseldrama oder Entführungstaten wie den Fall Oetker. Aber bei der großen Zahl der Morde und Tötungsdelikte, die wieder ins Licht der Öffentlichkeit gezogen werden, obwohl sie abgeurteilt und abgeschlossen sind, sehe ich kein überwiegendes Informationsinteresse der Öffentlichkeit. Weil dieses Interesse immer abzuwägen ist mit der Menschenwürde und den Persönlichkeitsrechten der Betroffenen.

Vor wenigen Wochen habe ich die Live-Show des „Bayern 3 True Crime“-Podcasts besucht. Die Show verbindet

„Das persönliche Schicksal von Menschen wird genutzt, um Einschaltquote, Auflage und Klickzahlen zu generieren.“

einen echten Mordfall mit Unterhaltungselementen, das Publikum darf interaktiv per Smartphone abstimmen: Ist der Täter, ein rechtskräftig verurteilter Mörder, schuldig oder nicht schuldig? Wie bewerten Sie so etwas rechtlich und moralisch?

Ich finde das verwerflich. Wir haben ja ganz bewusst im deutschsprachigen Rechtsraum uns gegen ein Geschworenen- oder Jury-System entschieden, sondern es entscheiden glücklicherweise Berufsrichter und nicht die Volksseele in Gestalt von Laien. Es ist höchst unseriös, im Rahmen einer Show gewissermaßen im Nachgang ein Jury-System zu Unterhaltungszwecken einzuführen. Noch unseriöser finde ich es, wenn sich hierbei öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten beteiligen, weil die im Rahmen ihrer Programmgrundsätze eindeutig die Menschenwürde beachten müssen – und ich finde es würdelos für die Opfer, was hier geschieht.

Für den True-Crime-Report, den wir 2023 in unserem Magazin veröffentlicht haben, haben Sie in einem Gastbeitrag den Gesetzgeber aufgefordert, „dringend“ bei den Opferrechten nachzuschärfen. Wie ist der Stand jetzt, knapp zwei Jahre später?

Da ist nichts passiert. Jeder, dem ich das erzähle, auch aus der Politik, sagt: Sie haben völlig recht, Herr Schertz, das geht so nicht. Aber passiert ist nichts. Es ist eine geradezu perverse und schier unerträgliche Situation, dass die Mörder aufgrund ihrer Persönlichkeitsrechte und nach Haftverbüßung aufgrund des dann bestehenden Rechts auf Resozialisierung oftmals nicht mehr identifizierend dargestellt werden dürfen mit Namen und Bild – die Persönlichkeitsrechte der Opfer aber erlöschen, weil sie verstorben sind, weil sie ermordet wurden.

Was muss geschehen, damit verstorbene Verbrechenopfer künftig auch in True-Crime-Formaten zu ihrem Recht kommen?

Ich sehe Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, dass er ein postmortales Persönlichkeitsrecht schafft, was derlei Ausschachtungen von menschlichen Tragödien untersagt.

Professor
Christian Schertz

Christian Schertz (59) gilt als einer der bekanntesten Medienanwälte Deutschlands. 2005 gründete er gemeinsam mit Simon Bergmann seine eigene Kanzlei „Schertz Bergmann“. Er lehrt zudem als Honorarprofessor für Presse-, Persönlichkeits- und Medienrecht, etwa an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam und der TU Dresden, und ist Herausgeber und Autor zahlreicher Fachbücher.

Zum
Artikel:



„Opferrechte
bleiben bei True
Crime auf
der Strecke“

Der Kommentar



Tanjev
Schultz

Tanjev Schultz ist Professor am Journalistischen Seminar der Gutenberg-Universität Mainz. Zuvor war er Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“. Für seine Berichterstattung über den NSU-Terror erhielt Schultz den Nannen-Preis.

„Warum sollte über zurückliegende Fälle überhaupt noch berichtet werden? Welches öffentliche Interesse, jenseits bloßer Sensationslust, lässt sich dafür anführen?“

D

Die Inflation von True-Crime-Formaten ist ökonomisch begründet, nicht journalistisch. Beiträge über Mord und Totschlag wecken Aufmerksamkeit, versprechen Profit, erzielen Reichweite. Über Kriminalfälle zu berichten ist eine sinnvolle Aufgabe, solange dies in einem angemessenen Rahmen geschieht. Eine Gesellschaft, in der Kriminalität verschwiegen wird, wäre sehr verdächtig. Sie wäre alles andere als frei. Aber daraus folgt kein Freifahrtschein für True-Crime-Exzesse. Warum sollte über zurückliegende Fälle überhaupt noch berichtet werden? Welches öffentliche Interesse, jenseits bloßer Sensationslust, lässt sich dafür anführen?

True-Crime-Beiträge sollten strengen Kriterien genügen: Ein Fall muss für die Gegenwart noch etwas bedeuten. Es muss – wieder oder weiterhin – aktuelle Aspekte geben. Das trifft zu, wenn der Fall ungelöste Fragen oder Widersprüche birgt, die mit Hilfe fortlaufender Recherchen und Veröffentlichungen womöglich geklärt werden können. Erst recht trifft es zu, wenn ernst zu nehmende Anzeichen auf einen Justizirrtum hindeuten. Ebenfalls von öffentlichem Interesse können die Langzeitfolgen eines Verbrechens sein, beispielsweise für das

Leben der Betroffenen und ihrer Angehörigen – sofern diese mit erneuten Veröffentlichungen einverstanden sind.

Einige spektakuläre Taten gehören zur Zeitgeschichte und werden zum Lehrstoff, der für ein Verständnis historischer Zusammenhänge wichtig ist. Das gilt vor allem für politisch motivierte Anschläge, wie den linken Terror der RAF oder den rechten Terror des NSU. Über solche Fälle auch Jahre später noch zu berichten, kann einer Erinnerungskultur dienen, die versucht, den Betroffenen gerecht zu werden und die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen, beispielsweise für die Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden.

Wie aber sieht es mit Morden aus Eifersucht oder Habgier aus? Es muss gewichtige Gründe geben, solche Fälle wieder aufzugreifen und damit sowohl die psychische Gesundheit der Betroffenen als auch die Resozialisierung der Täter zu gefährden. Es genügt nicht, dass ein Fall in Teilen des Publikums noch immer ein Thema ist. Nicht alles, worüber Menschen reden, verdient es, ins grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt zu werden. Sonst würden auch der Ehebruch einer Bürgermeisterin oder der Rausch eines Pfarrers, über den sich die Gemeinde ewig das Maul zerreißt, zu billigem Medienmaterial. Ohne eine Wende in einem Kriminalfall, ohne drängende aktuelle Fragen sind True-Crime-Beiträge oft nur dies: eine Verkaufsmasche.

Collien Ulmen-Fernandes
kämpft gegen
Deepfake-Gewalt

Wenn dein Gesicht in einem Porno zu sehen ist

Collien Ulmen-Fernandes ist Opfer von Deepfake-Pornos geworden. In einer mehrteiligen Dokumentation berichtet sie offen von ihren Erfahrungen und fordert mehr Schutz für Betroffene. Die Redaktion des WEISSEN RINGS sprach mit ihr und der Journalistin Marie Bröckling über die Recherche.



E

Ein Essen mit einem Produzenten hat das Leben von Collien Ulmen-Fernandes verändert. Der Mann fing plötzlich an herumzudrücken, erinnert sich die Schauspielerin und Moderatorin. „Er habe mit mir einige Zeit lang auf LinkedIn in Kontakt gestanden, sagte er.“ Etwa ein halbes Jahr lang sei der Austausch auf dem Karriere-Portal unverbindlich gewesen, dann habe sie angefangen, mit ihm zu flirten, Nacktbilder zu schicken, sogar Sexvideos.

Doch es war nicht die Schauspielerin, die hier kommunizierte. Weder die Fotos noch die Videos hatte sie aufgenommen. Es handelte sich um Deepfake-Pornos – Videos, in denen mit künstlicher Intelligenz (KI) das Gesicht einer Person auf den Körper einer anderen gesetzt wird. Betroffene wissen häufig nichts davon.

„Ich bin froh, dass der Produzent mir davon berichtet hat“, sagt Ulmen-Fernandes

Text: Selina Stiegler
Fotos: Christian Friedel,
 Birgit Tanner

Collien Ulmen-
 Fernandes

Collien Ulmen-
 Fernandes,
 geboren am 26. März
 1981 in Hamburg, ist
 eine deutsche
 Moderatorin.
 Bekannt wurde
 sie durch ihre
 Moderation bei
 Viva. Sie ist auch als
 Schauspielerin tätig,
 unter anderem in
 der ZDF-Serie
 „Traumschiff“. Sie
 ist mit dem
 Schauspieler
 Christian Ulmen
 verheiratet.

im Gespräch mit der Redaktion des WEISSEN RINGS. „Ich wurde unfreiwillig zu jemandem gemacht, der in dieser Branche Männer anbaggert.“ Sie empfindet dieses Vorgehen als perfide und massiv rufschädigend, spricht von „digitalem sexuellem Missbrauch“.

Collien Ulmen-Fernandes ging mit dem Thema auf die Produktionsfirma Tower Productions zu. Daraufhin entstand eine mehrteilige Dokumentation für das ZDF-Doku-Format „Die Spur“. Das Besondere: Ulmen-Fernandes brachte nicht nur die Idee ein, sondern sprach auch ausführlich über ihre eigenen Erfahrungen mit Deepfake-Pornos.

„Jetzt, wo ich weiß, in welchem Umfang ich Männer in der Branche angebaggert habe, ist es mir umso wichtiger, darauf aufmerksam zu machen, dass das nicht wirklich ich war“, sagt sie. „Man wird unfreiwillig ausgezogen.“ So beschreibt sie den Missbrauch in der Doku. Die neuen Deepfakes seien von echten Nacktbildern kaum zu unterscheiden.

Einblicke in ein verborgenes System

Wer steckt dahinter? Daten-Journalistin Marie Bröckling ist der Frage in einer sechsmonatigen Recherche nachgegangen. Sie wollte Einblicke in einen verborgenen Bereich gewinnen. Bröckling meldete sich auf Webseiten an, die Deepfake-Inhalte veröffentlichen, schrieb Szenemitglieder an. „Ich habe spätabends gearbeitet, wenn die Nutzer aktiv waren.“ Die ersten Kontakte führten sie zu weiteren Plattformen und schließlich zu den Herstellern.

Bröckling lernte ein System kennen, das von vielen Konsumenten, Produzenten, App- und Webseitenentwicklern getragen wird – und vielen Menschen schadet.

„Dieser digitale sexuelle Missbrauch passiert vielen Frauen. Irgendwann kann der Staat nicht mehr wegsehen.“ Collien Ulmen-Fernandes

„Es gibt Fälle im Schulkontext, in denen Jugendliche Deepfakes von Menschen aus ihrem Umfeld durch Apps erstellen.“ Aber auch Professionelle, die mit Spezialsoftware aufwändige Deepfakes von Prominenten anfertigen. Um für die Nutzer eine möglichst authentische Illusion zu schaffen, arbeiten sie teilweise tagelang, perfektionieren etwa die Augen- und Mundbewegungen. Eine Methode ist es, Bilder von einem Gesicht auseinanderzubauen und neu zusammensetzen. Den Produzenten gehe es nicht zwingend um Geld; manchen genüge die Anerkennung der Szene.

Was Macher und Konsumenten ignorieren: Die Videos zeigen Opfer. „Mir war klar, dass wir respektvoll mit den Informationen umgehen“, sagt Bröckling. Auf einer Porno-Messe spielte sie der Darstellerin Aische Pervers zwar einen Clip vor, in dem ein anderes Gesicht auf den Körper der Frau montiert worden war. Vorher hatte die Journalistin Pervers aber gefragt, ob sie das Material sehen möchte. Bröckling sprach vor den Interviews mehrfach mit allen Betroffenen, um sicherzustellen, dass sie dazu bereit waren.

In einer weiteren Szene trifft sich Collien Ulmen-Fernandes mit ihren Moderationskolleginnen Lola Weippert und Mareile Höppner. Beide sind ebenfalls Opfer von Deepfake-Pornos. Sie sprechen über ihre Erfahrungen und Gefühle – nicht alleine vor der Kamera, sondern gemeinsam, an einem Tisch, in einem lichtdurchfluteten Raum.

Mangel an Gesetzen?

Die Dokumentation endet damit, dass Ulmen-Fernandes zur Polizei geht und die Deepfakes mit ihrem Gesicht anzeigt. Noch habe sich daraus nichts ergeben. „Leider werden Frauen in Deutschland nicht hinreichend vor digitalem sexuellem Missbrauch geschützt“, kritisiert die Schauspielerin. Während der Recherche berichtete ihr eine Anwältin, dass bisher jeder ihrer Fälle wegen Geringfügigkeit eingestellt worden sei. „Ich habe eine Frau interviewt, die bereits zum fünften Mal umziehen musste, weil im Internet, neben Deepfake-Pornografie von ihr, mehrfach ihre Adresse veröffentlicht wurde“, so Ulmen-Fernandes. Männer



„Nach meiner Recherche werden die Gesetze nicht angewendet, in Deutschland wurde bisher kein Fall geahndet.“ Marie Bröckling

hätten darunter Vergewaltigungsfantasien ausgetauscht.

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) sieht auf Anfrage der Redaktion des WEISSEN RINGS keine dringende Notwendigkeit für ein neues Gesetz zur Bekämpfung von Deepfakes. Es betont, die Paragraphen im Strafgesetzbuch, insbesondere zu Verleumdung und Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen, böten ausreichende Möglichkeiten zur Strafverfolgung. Deepfakes werden in keinem der Gesetze erwähnt.

„Ein eigenes Gesetz hätte eine Signalwirkung, Opfern, aber auch Tätern gegenüber“, meint Marie Bröckling. In Foren hätten Hersteller von Deepfakes und Konsumenten oft nichts von der Strafbar-

keit gewusst. Das Justizministerium sollte Gerichte und Staatsanwaltschaften mehr auf die existierenden Gesetze hinweisen, fordert die Journalistin. „Nach meiner Recherche werden die Gesetze nicht angewendet, in Deutschland wurde bisher kein Fall geahndet.“

Collien Ulmen-Fernandes spricht sich dennoch dafür aus, Anzeige zu erstatten, da so die Fälle in der Statistik erfasst werden und das Ausmaß bekannt wird. „Dieser digitale sexuelle Missbrauch passiert vielen Frauen. Irgendwann kann der Staat nicht mehr wegsehen.“

„Die Scham muss die Seite wechseln“, dieser Satz hat die von Missbrauch betroffene Französin Gisèle Pelicot berühmt gemacht. Auch Ulmen-Fernandes kennt ihn. Damit die Forderung Wirklichkeit wird, müsse Tätern auch juristisch gespiegelt werden, dass ihr Handeln falsch ist, mahnt sie: „Wenn Fälle von bildbasiertem sexuellem Missbrauch jedoch wegen ‚Geringfügigkeit‘ eingestellt werden, sagt das ja auch etwas aus.“ Deepfake-Pornos können für die Opfer traumatische Folgen haben, deshalb will sich die Schauspielerin weiter öffentlich für Opferschutz einsetzen.

Marie
Bröckling

Marie Bröckling ist eine Datenjournalistin, die sich auf Themen wie Strafjustiz und China spezialisiert hat. Sie berichtete regelmäßig für NBC News und ZDF. Für ihre Arbeit wurde sie 2023 von „Medium Magazin“ als eine der „Top 30 unter 30“-Journalisten ausgezeichnet. Seit 2025 arbeitet sie bei dem Medienunternehmen Correctiv.

ZDF - Die Spur
„Deepfake Pornos“

Zur Dokumentation:



**Sexueller Missbrauch
in der Kinderpsychiatrie**

Der lange Kampf des Andreas S.

Text: Christoph Klemp
Fotos: Erik Hinz

Andreas S. spricht
offen über seine
Geschichte und
lässt sich auch foto-
grafieren. Er möchte
aber nicht erkannt
werden, um sich
und seine Familie
vor Anfeindungen
zu schützen.



Als Kind wurde Andreas S. in Holzminden mehr als 150-mal von einem Kinderpsychiater missbraucht. Als Erwachsener kämpft er seit einem Vierteljahrhundert für Aufklärung. Jetzt steht er kurz vor seinem Ziel: Im Frühjahr 2025 beginnt ein unabhängiges Institut mit der Aufarbeitung des Leids, das ihm und vielen weiteren Kindern widerfahren ist.

E

Eine Stadt im Münsterland, im Januar 2025. Andreas S. sitzt an seinem Küchentisch und sagt, dass es ihm heute gut gehe und er offen über all das sprechen könne, was jetzt folgt, ohne dass ihm der Boden unter den Füßen wegbricht. „Ich schäme mich nicht mehr für das, was mir widerfahren ist“, sagt der 51-Jährige. „Man muss sich nicht für etwas schämen, was einem widerfährt. Man kann sich doch nur für etwas schämen, was man getan hat. Ich habe aber nichts getan.“

Jahrelang hat ein Kinder- und Jugendpsychiater Andreas S. in seiner Sprechstunde missbraucht. Viele Jahre konnte S. das Erlebte nicht einordnen. Erst als junger Erwachsener wehrte er sich, auch um andere zu schützen. Er spricht offen über seinen einsamen Kampf, möchte aber nicht, dass sein vollständiger Name in diesem Text genannt wird, um sich und seine Familie vor Anfeindungen zu schützen.

Das Trauma hat seinen Ursprung in den 1980er-Jahren in der kleinen Stadt Holzminden im südlichen Niedersachsen. Der Kinder- und Jugendpsychiater war damals Chefarzt des Albert-Schweitzer-Familien-therapeutikums „Lustiger Bach“ und als Freund der Familie häufig zu Besuch im Elternhaus von Andreas S., dessen Mutter ebenfalls Ärztin war. Bei so einem Besuch habe seine Mutter dem Psychiater von Andreas' Konzentrations- und Einschlafstörungen erzählt. Der antwortete: „Bring

den Jungen mal vorbei.“ Das Therapeutikum befand sich damals noch im Aufbau. Andreas S. erinnert sich, dass die erste Sprechstunde in provisorischen Baucontainern stattfand. Dort habe der Arzt nicht nur seinen Blutdruck gemessen und die Reflexe getestet, sondern ihn auch aufgefordert, sich nackt auszuziehen. Er musste nackt Liegestütze und eine Brücke machen, der Arzt habe ihn fotografiert und an den Genitalien manipuliert. „Ich war damals zehn Jahre alt und fand das unangenehm.“

Als er davon zu Hause erzählte, entgegnete seine Mutter: „Hab dich nicht so.“ Sein Vater meinte später, er steigere sich da in etwas hinein.

Wer soll einem glauben, wenn einem nicht einmal die eigenen Eltern glauben?

Als er davon zu Hause erzählte, entgegnete seine Mutter: „Hab dich nicht so.“

Andreas S. sagt, er habe immer darunter gelitten, dass seine Eltern wenig Zeit hatten. Durch die Arztbesuche habe er die Aufmerksamkeit seiner Mutter bekommen. Also fuhr er jahrelang weiter mit dem Fahrrad in die Klinik. Insgesamt 156-mal, immer mittwochs, jeweils für 50 Minuten. „Geh mal nach hinten“, habe der Arzt nach dem Gesprächsteil stets gesagt. „In einem separaten Raum stand eine Liege mit einem Heizlüfter, da haben dann die körperlichen Untersuchungen stattgefunden.“ Als Andreas S. im Jahr 2023 die Klinik in Holzminden noch einmal mit zwei Journalisten des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ besuchte, die seine Geschichte recherchierten, traf ihn fast der Schlag. „Die alte Liege von damals stand immer noch in dem Behandlungsraum.“

AB

1984

Der Missbrauch

Insgesamt 156-mal fuhr Andreas S. als Kind in die Klinik. „Geh mal nach hinten“, habe der Arzt nach dem Gesprächsteil stets gesagt - und meinte damit einen separaten Raum, in dem eine Liege mit einem Heizlüfter stand.

JULI
1999

Die Anklage

Die Staatsanwaltschaft erhob im Juli 1999 Anklage gegen den Arzt. Eine juristische Aufarbeitung des Falls gab es trotzdem nie: Der angeklagte Kinder- und Jugendpsychiater nahm sich zwei Tage vor Prozessbeginn im Dezember 1999 das Leben.

Mit 14 sei er wegen der voranschreitenden Pubertät uninteressant geworden für den Psychiater, der Missbrauch endete. Lange Zeit verdrängte Andreas S. die Gedanken an das Geschehen. Erst als er Mitte der 1990er-Jahre im Fernsehen einen Bericht über den belgischen Sexualmörder Marc Dutroux sah, da sei ihm schlagartig klar geworden: Das, was ihm als Kind im „Lustigen Bach“ widerfahren ist, das war Missbrauch.

E

Es ist nicht ungewöhnlich, so etwas spät zu erkennen. Die meisten Menschen wenden sich erst Jahre oder sogar Jahrzehnte nach einem Missbrauch an Beratungsstellen. „Es war schrecklich. Ich war über mehrere Tage in einer Art Trancezustand, habe fast nichts gegessen und sehr viel geweint.“ Er suchte Hilfe, fand sie zunächst bei einer Freundin und dann professionell. Dort riet man ihm von einer Strafanzeige ab, die Taten seien ohnehin verjährt. Er solle sich erst mal um sich selbst kümmern. Andreas S. sagt: „Als mir bewusst wurde, dass womöglich andere Kinder immer noch missbraucht werden, habe ich beschlossen, etwas zu unternehmen. Der Arzt praktizierte ja noch.“ Das habe ihm Antrieb gegeben, sich aus seiner Ohnmacht und Opferrolle zu befreien.

Man riet ihm von einer Strafanzeige ab, die Taten seien ohnehin verjährt. Er solle sich erst mal um sich selbst kümmern.

Andreas S. kontaktierte nun die Ärztekammer Niedersachsen, die Bezirksregierung Hannover und die Staatsanwaltschaft Hildesheim. Unangemeldet besuchte eine Delegation der Bezirksregierung die Klinik und stellte fragwürdige Behandlungs- und Untersuchungsmethoden fest. Sie informierte das Familienwerk im Dezember 1996 darüber. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wussten die Verantwortlichen in Holzminden von den Vorwürfen. Im März 1997 untersagte das Familienwerk nach

eigenen Angaben dem Arzt sämtliche körperlichen Untersuchungen, die nicht zum Standard bei psychiatrischen Behandlungen zählen. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, stellte das Verfahren aber wieder ein. Es sei nicht Aufgabe der Justiz, ärztliche Untersuchungsmethoden zu bewerten, hieß es. Im Oktober 1997 beauftragte die Bezirksregierung Hannover den renommierten Kinder- und Jugendpsychiater Professor Dr. Jörg Fegert, heute Ärztlicher Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Ulm, die Untersuchungsmethoden des Arztes in Holzminden zu prüfen.

Parallel dazu wandte sich Andreas S. an das Magazin „Der Spiegel“, um die Geschichte publik zu machen. Als dann Fegerts Gutachten sowie Artikel in der „Neuen Westfälischen“ und im „Spiegel“ erschienen, ging alles ganz schnell: Die Bezirksregierung Hannover entzog dem Arzt die Approbation, weil das Gutachten zu dem Schluss gelangt war, dass der Psychiater in Holzminden seine Stellung als „Tarnung“ genutzt habe, sein Handeln klassische Muster pädophiler Handlungen aufweise und er den Kindern nachhaltig geschadet habe. Es meldeten sich weitere Jungen, die Staatsanwaltschaft ermittelte erneut: Bei einer Razzia entdeckten die Ermittler bei dem Psychiater Bilder, Videos und Tagebuchaufzeichnungen mit sexuellen Fantasien, die zu den Kindern passten.

„Damit war klar, dass es kein ärztliches Handeln war, sondern dass der Arzt seine sexuellen Bedürfnisse befriedigt hat auf Kosten seiner Patienten“, sagt Andreas S. heute. Das sah damals auch die Staatsanwaltschaft so und erhob im Juli 1999 Anklage gegen den Arzt. Eine juristische Aufarbeitung des Falls gab es trotzdem nie: Der angeklagte Kinder- und Jugendpsychiater nahm sich zwei Tage vor Prozessbeginn im Dezember 1999 das Leben. Doch vorher schickte er Andreas S. noch eine Postkarte.

Auf der Karte, das wird Andreas S. niemals vergessen, stand unter einem Totenkopf in lateinischer Sprache: „Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet!“ Es ist ein Vers aus dem Matthäus-Evangelium. „Ich habe die Postkarte verbrannt. Aber ich hatte tatsächlich viele Jahre wahnsinnige Schuldgefühle“, schildert der 51-Jährige.

Empathische Geste:
Der Gutachter Prof. Dr. Jörg Fegert hat einen Ring für Andreas S. anfertigen lassen - als Anerkennung für dessen intensiven Kampf um die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs. Der Ring zeigt einen Menschen, der sich vor Schmerz krümmt, aber gleichzeitig stolz aufrichtet.



„Vermutlich würde der Mann noch leben, wenn ich das nicht ins Rollen gebracht hätte. Aber ich weiß nicht, wie viele Kinder er dann noch missbraucht hätte.“ In den 14 Jahren, die der Psychiater in Holzminden wirkte, waren rund 7.500 Kinder und Jugendliche bei ihm in Behandlung. Andreas S. ist sich sicher, dass der Missbrauch weitergelaufen wäre, denn schon damals hätten trotz vieler Hinweise alle weggesehen, weil der Arzt zu den Honoratioren der Stadt gehörte. Die Lokalzeitung „Täglicher Anzeiger Holzminden“ schrieb im Juni 1998: „Offensichtlich wussten viele Holzmindener von den Vorwürfen gegen den Mediziner, nur wenige sprachen darüber.“ Noch kurz bevor dem Arzt die Approbation entzogen wurde, war er feierlich aus der Klinik verabschiedet worden.

Manchmal klingelt während des knapp vierstündigen Gesprächs in der Küche von Andreas S. das Telefon. Er wechselt dann mühelos vom Deutschen ins Englische. Er spricht mehrere Sprachen verhandlungssicher und hat beruflich Karriere gemacht.

Der alleinerziehende Vater ist Führungskraft in einer gemeinnützigen Organisation. Der sexuelle Missbrauch durch den Psychiater in seiner Kindheit beherrschte nicht seinen Alltag, aber die Erlebnisse meldeten sich immer wieder, besonders in Krisensituationen. Andreas S. hatte Panikattacken und Flashbacks. Ein bestimmter Geruch, der ihn an den Arzt erinnerte, löste sofort Brechreiz bei ihm aus. Er machte Psychotherapien, doch keine führte zur Linderung. Bis zur Diagnose Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und einer professionellen Behandlung vergingen noch viele Jahre.

U

Und immer wieder stellte sich Andreas S. diese bohrenden Fragen: Warum lässt das Albert-Schweitzer-Familienwerk dieses Unrecht nicht aufarbeiten? Wie vielen Kindern ist es noch so ergangen wie mir? Haben die Menschen Hilfe?

Im Jahr 2016 schrieb er dann einen Brief an das Familienwerk und bat um Aufarbeitung und die Übernahme institutioneller Verantwortung. Die Antwort kam zwei Jahre später. Darin hieß es, man könne „eine öffentliche Klarstellung von Recht

MAI
2025

Die Aufarbeitung

Erst nach weiterem Druck und Recherchen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ lenkt das Albert-Schweitzer-Familienwerk ein und beauftragt im Juni 2024 ein externes Institut, den sexuellen Missbrauch kleiner Patienten im Therapeutikum „Lustiger Bach“ aufzuklären. Das Institut soll im Mai 2025 einen Aufruf an Betroffene starten.

und Unrecht“ nicht leisten. „Der Brief war schrecklich für mich“, sagt Andreas S., er bittet jetzt um eine kurze Gesprächspause. Er möchte jetzt erstmal eine dampfen. Er holt sich seine E-Zigarette und nimmt einen tiefen Zug. Und noch einen zweiten.

A

Andreas S. erzählt von einer weiteren Grenzerfahrung auf seinem langen Leidensweg: 2019 hatte er während einer Zugfahrt nach Berlin eine heftige Panikattacke und rief den Krisendienst in Berlin-Charlottenburg an. Heute sagt er: „Erst da ist mir klargeworden, dass ich dieses Trauma nicht loswerde, ohne es vernünftig aufzuarbeiten.“ Ein Freund empfahl ihm eine Tagesklinik für Traumatherapie. „Das hat mir sehr geholfen.“ In der Therapie rekonstruierte ein Parfümeur sogar den Geruch, der die Übelkeit bei ihm auslöste. Er roch so lange daran, bis er sich nicht mehr davor eckeln musste.

Am Ende erhielt er eine Entschädigung in Höhe von 4.398,53 Euro. Andreas S. rechnete es auf die 156 Sitzungen um: Macht 28,20 Euro für jeden Missbrauchsfall.

Seine persönliche Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs in seiner Kindheit hat Andreas S. damit vorangebracht. Doch er wollte auch eine offizielle Anerkennung als Opfer. Er hörte vom Opferentschädigungsgesetz (OEG), mit dem sich der Staat verpflichtet, Opfern zu helfen, die er nicht vor Gewalt schützen konnte. „Ich wusste ja nicht, was mir blüht“, sagt Andreas S. heute über den langen Weg zur Entschädigung. Vor allem die Fragen, die er sich vom Sachbearbeiter des zuständigen Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) gefallen lassen musste, nach sexuellen Vorlieben und was er dabei empfinde, seien eine absolute Zumutung gewesen. „Es war die Hölle.“ Am Ende erhielt er eine Entschädigung in Höhe von 4.398,53 Euro. Andreas S. rechnete es auf die 156 Sitzungen um: Macht 28,20 Euro für jeden Missbrauchs-

fall. „Mir geht es nicht ums Geld. Aber dieser Mann konnte über viele Jahre agieren und ist immer wieder geschützt worden. Die Staatsanwaltschaft war involviert. Die Anstalten körperlichen Rechts waren involviert. Das Gesamtsystem hat versagt.“ Und dafür sei das OEG eigentlich gemacht. „Ich würde den OEG-Antrag nicht noch einmal stellen“, sagt er rückblickend.

2023 wendet sich Andreas S. erneut an das Familienwerk, jetzt an das Kuratorium. Erst nach weiterem Druck und Recherchen des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ lenkt das Albert-Schweitzer-Familienwerk ein und beauftragt im Juni 2024 das Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP), den sexuellen Missbrauch kleiner Patienten im Therapeutikum „Lustiger Bach“ aufzuklären. Damals sei deutlich geworden, „dass wir aus Sicht der Opferperspektive zu wenig getan haben und eine professionelle und unabhängige Aufarbeitung notwendig ist“, teilte das Familienwerk auf Anfrage des WEISSER RING Magazins mit. Bislang habe es Kontakt zu vier Personen gegeben, die konkretes Interesse an einer Aufarbeitung signalisiert hätten. Das IPP werde im Mai 2025 einen Aufruf starten, der sich sowohl an Betroffene richtet als auch an Menschen, die vom Missbrauch wussten. Die Ergebnisse des Instituts sollen im Jahr 2027 veröffentlicht werden.

Die Berichterstattung, sagt Andreas S., habe nicht nur den Druck auf das Familienwerk erhöht, sondern sei auch sehr heilsam für ihn gewesen. Deshalb spreche er über seine Geschichte. Seine Mitarbeitenden haben ihn auf den Fotos in den Artikeln erkannt, obwohl er sich, wie auch für diese Geschichte im WEISSER RING Magazin, nur so fotografieren lässt, dass er eigentlich nicht sofort erkannt werden kann. „Man empfindet Scham, natürlich. Die Arbeit ist doch der letzte Ort, an dem man so etwas teilen möchte. Aber: Es war richtig. Der positive Zuspruch hat gutgetan und die Scham ist weg.“ Andreas S. geht es um die Anerkennung von Unrecht, um Empathie und die Übernahme von Verantwortung. „Ich hätte vermutlich längst klein beigegeben, wenn das Familienwerk in irgendeiner Form uns Betroffene um Verzeihung gebeten hätte.“ Das sei aber bis heute nicht geschehen.

Recht und Gesetz

Warten auf besseren Schutz

Das neue Gewalthilfegesetz ist ein klarer Fortschritt, hat aber Lücken.

Jeden Tag erleiden Hunderte von Menschen in Deutschland häusliche Gewalt. Nach jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamtes sind im Jahr 2023 insgesamt 256.276 Opfer von Partnerschaftsgewalt oder Gewalt gegen Kinder, Eltern oder andere Familienangehörige erfasst worden – 6,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 70 Prozent der Betroffenen waren weiblich, 75,6 Prozent der Täter männlich.

Es mangelt an Hilfsangeboten. So standen deutschlandweit zuletzt etwa 7.800 Frauenhausplätze zur Verfügung. Nach der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, zu der sich Deutschland 2018 verpflichtet hat, wären aber 21.500 Plätze nötig. Immer wieder kommt es vor, dass Einrichtungen Betroffenen keinen Platz bieten können.

Um dem Mangel entgegenzuwirken, haben Bundestag und Bundesrat kürzlich das Gewalthilfegesetz beschlossen. Familienministerin Lisa Paus (Grüne) sprach von einem „historischen Moment“; Lücken im Hilfesystem würden geschlossen. Das Gesetz sieht ab 2032 einen Rechtsanspruch auf kostenlosen Schutz und Beratung für Frauen und Kinder vor. Es verpflichtet die Länder, ausreichend Angebote zu schaffen. Dafür bekommen sie vom Bund zwischen 2027 und 2036 insgesamt 2,6 Milliarden Euro. Betroffene können künftig Einrichtungen in ganz Deutschland aufsuchen, egal in welcher Kommune sie leben. Außerdem soll die Prävention ausgeweitet werden, zum Beispiel durch Täterarbeit.

Dorothea Hecht, Referentin Recht beim Verein Frauenhauskoordinierung, stimmt



Text: Gregor Haschnik
Illustration: Studio Pong

Transparenzhinweis:
Der WEISSE RING begrüßt das Gewalthilfegesetz, weil es die Versorgung verbessert und der Bund sich finanziell beteiligt. In den meisten Fällen sind Frauen von Gewalt betroffen, ihr Schutz muss dringend ausgebaut werden. Wir kritisieren aber, dass das Gesetz nicht für Männer und Transmenschen gilt. Es ist wichtig, dass alle Betroffenen auf Hilfe zählen können.

mit Paus darin überein, dass das Gesetz eine historische Dimension hat: „Nach jahrzehntelangen Schwierigkeiten, das Hilfesystem zu finanzieren, bekommt es jetzt eine solide Grundlage.“ Positiv sei etwa die in konkrete Zahlen gefasste Beteiligung des Bundes. In Jubel bricht Hecht aber nicht aus: „Es dauert noch sieben Jahre, bis der Rechtsanspruch greift.“ Und ob die bereitgestellten Summen reichen, sei fraglich. Den laufenden Bedarf zu decken, sei schon schwierig. Jetzt kämen hohe Investitionskosten hinzu, etwa für den Ausbau der Frauenhäuser. Zudem brauche es höhere Löhne, um Fachkräfte zu gewinnen. Fest stehe: „Die Länder werden sich finanziell mindestens genauso wie der Bund einbringen müssen.“

„Es dauert noch sieben Jahre, bis der Rechtsanspruch greift.“

Esther Bierbaum von der Zentralen Informationsstelle autonomer Frauenhäuser bezeichnet das neue Gesetz als „Meilenstein“. Noch nie hätten sich Bund, Länder und Kommunen so verbindlich und gemeinsam des Gewaltschutzes angenommen. So wie bislang könne es nicht weitergehen: „Es ist immer schwierig, die Finanzierung aufrechtzuerhalten. Kolleginnen sind fast täglich damit beschäftigt, hilfesuchende Frauen und Kinder abzuweisen, weil der Platz nicht reicht.“

Das Gewalthilfegesetz lasse hoffen, aber: „Wir sehen auch Lücken.“ Bierbaum verweist darauf, dass etwa non-binäre Menschen nicht berücksichtigt werden, ebenso wenig wie Geflüchtete. Auch bleibe „wirtschaftliche Gewalt“ außen vor – von der viele Schutzsuchende betroffen seien: „Sie dürfen nicht eigenständig über Geld verfügen, müssen Rechenschaft ablegen und bekommen häufig nichts. Stattdessen kommt es zu Streit.“

Text: Selina Stiegler
Fotos: Manuela Clemens,
Felix Racher,
Tatsiana Tribunalova

Jetzt reicht

Beleidigungen und Drohungen sind im Netz für viele Menschen Alltag.

Wenn sie Strafanzeige stellen, werden die Verfahren oft ohne Ergebnis eingestellt.

Prominente setzen sich zunehmend zur Wehr, indem sie die digitale Gewalt öffentlich machen. Juristisch ist das Veröffentlichen privater Nachrichten jedoch heikel.



„Ich stech‘ dich ab. Deine Art ist so zum Erbrechen.“

Moderatorin Lola Weippert, bekannt aus „Temptation Island“ und „Let’s Dance“, erhält täglich Hassnachrichten und manchmal sogar Morddrohungen auf Instagram. „Es ist ein ständiges Hass-Rauschen“, sagt sie im Gespräch mit der Redaktion des WEISSEN RINGS. Sie sei den Tätern offenbar „zu laut, zu emotional, zu demokratisch, zu unabhängig“.

Weippert ist eine von vielen prominenten Betroffenen. „Du bist eine Person des öffentlichen Lebens, und wenn du das postest oder sagst, dann musst du damit leben, dass du solche Nachrichten erhältst“, hört sie als Argument immer wieder. Doch seit ein paar Jahren bildet sich eine Art Gegenbewegung. Betroffene schweigen nicht mehr. Sie posten: Auf Instagram veröffentlichen sie die Beleidigungen und Drohungen. Weippert teilt Videos, in denen sie die Nachrichten einblendet. Um zu zeigen, welchem „geistigen Durchfall“ sie täglich ausgesetzt ist, und um zum Nachdenken anzuregen.

„Ich hoffe, du wirst von einer Gruppe Syrer vergewaltigt.“

Josi klärt auf Instagram unter @josischreibt_ über politische und feministische Themen auf – und kassiert jede Menge Hass dafür. „Früher habe ich regelmäßig Morddrohungen per Privatnachricht bekommen“, berichtet die Influencerin. Um ihre Psyche zu schützen, hat Josi ihr Profil jetzt so eingestellt, dass nur noch Followerinnen und Follower ihr privat schreiben können. Gegen den Hass in den Kommentarspalten hilft das nicht: „Da bekomme ich immer noch sehr regelmäßig degradierende, beleidigende oder sexistische Kommentare“, sagt sie. Auch Josi geht mit den Hassnach-

richten in die Öffentlichkeit, macht sie sichtbar. „Die Ausmaße kann sich eine Person, die nicht im gleichen Umfang wie ich online aktiv ist, gar nicht vorstellen – es sei denn, sie sieht diese.“ Dadurch hole sie die Macht über sich selbst zurück und darüber, was auf ihrem Profil geschieht.

„Scheiß N****. Abgehobene Slut.“

Aktuell ist die Musikerin und Schauspielerin Nura Habib Omer, bekannt aus der Amazon-Serie „Die Discounter“, besonders betroffen. Auf einem eigens dafür erstellten Instagram-Account postet sie seit Januar die rassistische und sexualisierte verbale Gewalt, die sie erfährt. Zur Weihnachtszeit habe sich die Situation zugespitzt, „also habe ich beschlossen, die Nachrichten nicht nur für mich zu dokumentieren, sondern öffentlich zu machen“, sagt Omer. Viele Leute glaubten, Hass im Netz sei selten. Mit ihrem Account wolle sie zeigen, dass es ein strukturelles Problem ist, und gleichzeitig eine gewisse Kontrolle zurückgewinnen.

Im Gegensatz zu anderen Betroffenen postet sie die Nachrichten nicht anonymisiert, sondern mit den Profilen der mutmaßlichen Täter. „Für mich ist es ein wichtiger Schritt, damit nicht ich allein als Opfer dastehe, sondern dass auch klar wird, wer den Hass schürt und diese menschenverachtenden Inhalte verbreitet“, sagt

Lola
Weippert

Lola Weippert, 1996 in Rottweil geboren, ist eine deutsche Moderatorin bei RTL, bekannt durch „Prince Charming“ und „Temptation Island“. Sie begann ihre Karriere bei bigFM und moderierte später für RTL+. Sie setzt sich gegen Bodyshaming und Hass im Netz ein und lebt in Berlin.

es uns!

Josi

Josi, bekannt unter dem Instagram-Namen **@josischreibt_**, ist eine deutsche Influencerin mit etwa 200.000 Followern. Sie thematisiert auf ihrem Account insbesondere Feminismus und Agoraphobie. Ihre Inhalte umfassen persönliche Erfahrungen, Aufklärung und Diskussionen zu diesen Themen.

Über

17.193

Frauen und Mädchen wurden laut Lagebild des Bundesinnenministeriums **2023 Opfer digitaler Gewalt**, zum Beispiel von Cyberstalking oder anderen Delikten in den sozialen Medien.

13.479

weibliche Opfer waren es noch 2022. Mit 25 Prozent ist das demnach ein deutlicher Anstieg der weiblichen Opferzahlen im Vergleich zum Vorjahr.

Omer. Die Menschen hinter den Angriffen müssten die Verantwortung für ihr Handeln spüren, denn die Privatnachrichten voller Rassismus und Sexismus sind in der Regel strafbar.

Das Veröffentlichen dieser privaten Kommunikation mit den Namen der Verfasser aber auch: „Die identifizierende Veröffentlichung einer privaten Nachricht stellt in der Regel eine Persönlichkeitsrechtsverletzung dar, denn jeder Verfasser darf selbst entscheiden, ob und in welchem Personenkreis eine Nachricht veröffentlicht werden soll“, erklärt Christian Solmecke, Anwalt für Internet- und Medienrecht. Solmecke ist selbst auch als Influencer im Internet unterwegs. Betroffene könnten sich gegen die



Versender wehren, indem sie Strafanzeige stellen und auch zivilrechtlich gegen sie vorgehen. Solmecke rät davon ab, Nachrichten mit Verfassernamen zu veröffentlichen, um nicht selbst belangt zu werden.

Grundsätzlich schütze das Rechtssystem Betroffene ausreichend und biete auch hinreichend Möglichkeiten, sich zu wehren, erklärt der Anwalt. „Wie so oft scheitert es aber immer wieder an der Umsetzung in der Praxis.“ Die Regulierung der Plattformen führe oft nicht zum Ziel, da die Kommunikation, etwa mit Instagram, „mühselig“ sei. Auch der zivilrechtliche Weg könne schwierig werden, denn oft müsse der Versender erstmal identifiziert werden können.

Nura Habib Omer sieht darin ein Problem. „Wenn mich jemand im Internet massiv beleidigt und bedroht und ich diese Angriffe öffentlich dokumentiere, um auf das Problem aufmerksam zu machen, dann wird mir als der Betroffenen quasi der Spieß umgedreht“, sagt sie. Ausreichend geschützt durch das Rechtssystem fühlt sich Omer nicht. Eine Anzeige habe ins Nichts geführt. „Es fühlt sich oft so an, als würde das ganze Thema von den zuständigen Stellen nicht ausreichend ernst genommen.“

„Ermüdend“ nennt Josi ihre Erfahrungen mit dem Justizsystem als Opfer von digitaler Gewalt. Sie habe bei der Polizei Hasskommentare angezeigt, doch laut ihrer Aussage stellte die Staatsanwaltschaft die Verfahren ein. Josi betont: Es lohne sich dennoch, Anzeige zu erstatten, allein damit

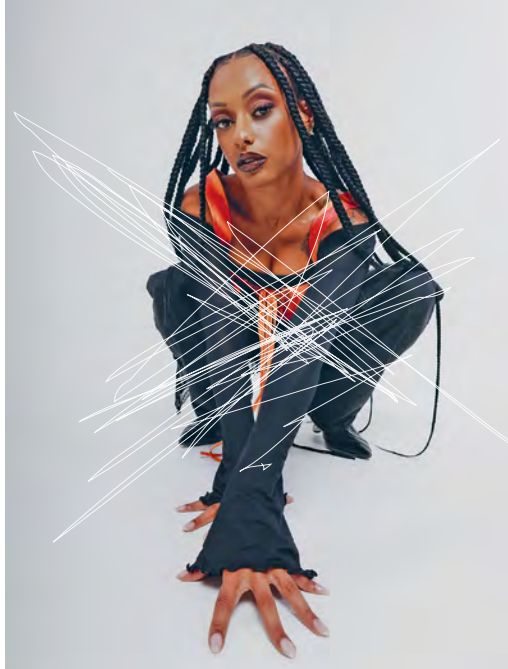
die Fälle sichtbar werden und in den Statistiken auftauchen.

„Ich habe Dinge zur Anzeige gebracht. Ich muss allerdings sagen, dass es mich schockiert, dass es nie Konsequenzen gab“, sagt Lola Weippert. Die mutmaßlichen Täter hätten bei Vernehmungen angegeben, ihr Handy sei gestohlen oder ihr Account gehackt worden. „Damit war das dann leider schnell abgetan, was ich als erbärmlich empfinde“, sagt Weippert. Auf Anfrage bestätigt die Berliner Generalstaatsanwaltschaft: Zwei Verfahren wurden eingestellt, da ein Tatverdächtiger nicht identifiziert werden konnte. Außerdem erklärt die Behörde, dass dies eher die Regel als eine Ausnahme sei. Die Staatsanwaltschaft habe die Aufgabe, die Aussagen des Beschuldigten mit den vorhandenen Beweismitteln zu widerlegen. Oft könnten die Restzweifel nicht beseitigt werden – im vorliegenden Fall also, ob die Behauptung zutrifft, das Handy sei gestohlen worden.

W

Weippert und andere Betroffene haben das Gefühl, als Opfer digitaler Gewalt hilflos und allein zu sein. Der bundesweit aktive Verein HateAid möchte das ändern und bietet Betroffenen rechtliche Beratung, psychologische Hilfe und Unterstützung beim Melden von Hassinhalten. In Baden-Württemberg und Bayern gibt es die Meldestelle „Respect“. Eine weitere Meldestelle ist „HessenGegenHetze“. Gemeldete Fälle werden dort geprüft und bei Verdacht auf strafbare Inhalte an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) weitergeleitet. „Die Veröffentlichung der gegen sie gerichteten Hassbotschaften wirkt für die Betroffenen gegebenenfalls vorübergehend als ein entlastendes Ventil“, sagt auf Anfrage Adina Murrer, Pressesprecherin des Hessischen Innenministeriums. Murrer empfiehlt aber, Kontakt mit spezialisierten Beratungsstellen aufzunehmen.

2023 gab es einige Erfolge: In Hessen wurden 85 Verfahren mit Strafbefehl beantragt, davon 62 rechtskräftig abgeschlossen. 56-mal gab es Geldstrafen (15–180 Tagessätze) und einmal eine Freiheitsstrafe



von sieben Monaten zur Bewährung. Von 37 weiteren Verfahren mit Anklage wurden zehn abgeschlossen, mit sechs Geldstrafen (60–135 Tagessätze) und einer Freiheitsstrafe von fünf Monaten zur Bewährung.

Nach Angaben von HateAid mussten Täter in der Vergangenheit Geldstrafen und -entschädigungen zwischen 600 und 2.500 Euro zahlen. Der Verein berichtet, dass etwa 93 Prozent seiner Gerichtsprozesse erfolgreich verlaufen seien.

Betroffene fordern stärkere Regularien. Lola Weippert wünscht sich von Plattformen eine Verifizierung per Personalausweis bei der Kontoerstellung. Hass im Netz sei gefährlich und könne im schlimmsten Fall zu Suizid führen, wie das Beispiel der österreichischen Ärztin Lisa-Maria Kellermayr zeigt. Sie nahm sich nach massiven Hasswellen das Leben. Weippert selbst leidet an „schlechten“ Tagen unter Todesängsten und Panikattacken aufgrund solcher Nachrichten: „Hoffe, du kriegst Krebs und deine Eltern auch.“

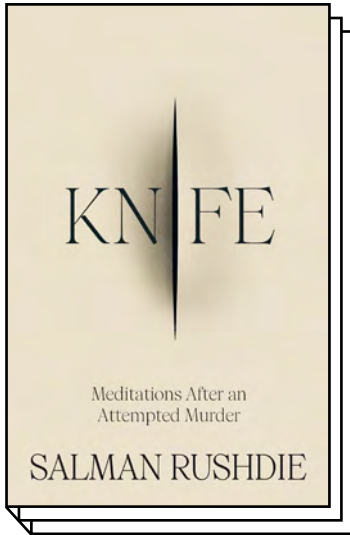
Transparenzhinweis:

Die Moderatorin Lola Weippert ist Botschafterin des WEISSEN RINGS und unterstützte die Kampagne „Schweigen macht schutzlos“. Josi vom Instagram-Account @josischreibt_ hat bereits in der Vergangenheit bei dem Format „Nachgefragt“ des WEISSEN-RING-Instagram-Accounts mitgemacht. Auch die ehrenamtlichen Opferhelferinnen und Opferhelfer des WEISSEN RINGS unterstützen als Lotsen durchs Hilfesystem Betroffene von digitaler Gewalt.

Nura
Habib Omer

Nura Habib Omer ist eine deutsche Rapperin, bekannt als Teil des Duos SXTN. Nach der Auflösung von SXTN startete sie eine Solo-Karriere und thematisiert in ihrer Musik Rassismus, Feminismus und gesellschaftliche Themen. Sie ist zudem Schauspielerin, unter anderem in der Amazon-Serie „Die Discounter“.

Medientipps



Salman Rushdie

„Knife - Gedanken nach einem Mordversuch“

Penguin Verlag,
256 Seiten, 25 Euro



Lesen

Auch Sprache ist ein Messer

Am 14. Februar 1989 rief der iranische Revolutionsführer Chomeini die Muslime in aller Welt auf, den Schriftsteller Salman Rushdie zu töten, Autor des Buches „Die satanischen Verse“.

33 Jahre und 16 Bücher später, am 12. August 2022, stürmt im Amphitheater von Chautauqua ein junger Mann zur Bühne, wo Rushdie, mittlerweile 75 Jahre alt, spricht. Der Schriftsteller sieht den Mann im Augenwinkel kommen; es ist das Letzte, was sein rechtes Auge sehen wird. 15-mal sticht der Angreifer zu, sein Messer trifft Hand, Hals, Leber, Unterleib, Auge.

Rushdie überlebt – und sticht schon bald zurück, mit Worten: „Auch Sprache ist ein Messer“, schreibt er. „War ich unvermutet in einen Messerkampf geraten, war Sprache womöglich die Waffe, mit der ich mich wehren konnte.“ Sprache, so Rushdie, könne die Welt aufschneiden und ihre Bedeutung zeigen, und genau das tut der Schriftsteller in seinem Buch „Knife“, Messer. Er legt die Folgen des Verbrechens frei, zeigt seine Gefühle: den Schmerz, die Angst, die Scham.

18 Tage lang, „die längsten achtzehn Tage meines Lebens“, rang Rushdie auf der Intensivstation um sein Leben. Ihm wurde klar, dass er über das Attentat schreiben muss. Schreiben als Therapie, der Gedanke behagte ihm nicht, „Schreiben ist Schreiben und Therapie ist Therapie“, notiert er später. Aber da schreibt er längst, es geht nicht anders.

„Knife“ zeigt, schmerzhaft auch für den Leser, die „körperlichen Demütigungen“, die der Verletzte ertragen muss. Den Verlust der Autonomie. Die Zumutungen, denen ihn „Dr. Auge, Dr. Hand, Dr. Stich, Dr. Schnitt, Dr. Leber, Dr. Zunge“ aus-

setzen. Rushdie erinnert sich, sich „matt“ gefühlt zu haben, „erschöpft, deprimiert, fassunglos, krank, schwach“. Nur an ein Gefühl erinnert er sich nicht: Wut. „Wut kam mir wie ein sinnloser Luxus vor. Wut nutzte mir nichts; ich hatte mich um Wichtigeres zu kümmern.“

Wichtiger ist es für ihn, zu verstehen, und dafür nutzt er das Mittel, das ihn als Schriftsteller berühmt gemacht hat: die Fantasie. Er stellt sich einen Dialog mit seinem Attentäter vor. 27 Sekunden lang stach der Mann auf den hilflosen Schriftsteller ein, seitenlang kehrt der Schriftsteller nun das Machtverhältnis um und schlägt mit Worten auf den Attentäter ein, den er „A.“ nennt, „A. wie Arschloch“. Er spricht mit ihm über Gott und Glauben, über Liebe und Leben. „Untermotiviert“ kommt ihm die Tat seines „gescheiterten Mörders“ vor. Fast gelangweilt beendet er schließlich das Gespräch: „Ich habe nicht länger die Energie, ihn mir vorzustellen, so wie er nie in der Lage war, sich mich vorzustellen.“

Auf Gewalt habe er mit Kunst antworten wollen, so Rushdie. Am Ende seines nachdenklichen und klugen, deshalb so wertvollen Buches steht er wieder auf der Bühne in Chautauqua und fühlt sich: ganz. Das Verbrechen hat ihn nicht zerbrochen.

Karsten Krogmann

→ penguin.de/buecher/salman-rushdie-knife



Hören

Podcast

„Avignon - Der Prozess Pelicot“ Acht Milliarden/Der Spiegel

„Sie war immer noch ein Opfer, denn wie sie sagte, wusste sie von nichts. Also war sie immer noch ein Opfer. Aber sie

war eine Frau mit einem Blick, mit einer Stimme. Zum ersten Mal erzählte sie ihre Version der Geschichte, und das war ehrlich gesagt ein unglaublicher Moment“, sagt Gerichtszeichnerin Marion Dubreuil über Gisèle Pelicot im „Spiegel“-Podcast von Britta Sandberg. In vier Folgen nimmt die Journalistin ihr Publikum mit in die „Innenansichten“ des Gerichtssaals.

Zu hören sind Auszüge aus Sandbergs Notizen, aus Wortprotokollen, Vernehmungen und der Anklageschrift. Zitiert werden Stellen aus dem Buch von Caroline Darian, der Tochter von Gisèle und Dominique Pelicot, das auch Briefe ihres Vaters enthält, die er aus dem Gefängnis an seine Familie geschrieben hat.

Neben der Heldin Gisèle Pelicot lernt der Hörer hier auch das Opfer Gisèle Pelicot kennen. Der Podcast zeigt hier außerdem, was so eine Tat für eine Familie bedeutet.

Es ist als Zuhörer*in nicht immer leicht, all diese Details zu erfahren – ihnen zu folgen, ohne selbst betroffen zu werden. Aber wer sich für diese Geschichte interessiert, sollte diesen Podcast auf keinen Fall verpassen.

Christiane Fernbacher

→ open.spotify.com



Gucken

Dokumentation

„WTF is Jule?!“ ZDF Mediathek

70.000 Follower auf Twitter (heute X), Millionen Menschen lesen ihren Blog. Kaum eine Person im Rollstuhl hat so viele Menschen erreicht wie Jule Stinkesocke. Schulzeit, Ausbildung und Sex, Jule Stinkesocke schrieb über ihr Leben.

Doch es stellt sich heraus: Stinkesocke existiert nicht. „WTF is Jule?!“ ist eine

Doku-Serie des ZDF über eine Person, die jahrelang Tausende Menschen täuschte. Die Doku zeigt, wie junge Leute, vor allem aus besonders verletzlichen Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, durch falsche Identitäten in den sozialen Medien manipuliert werden können. Besonders junge behinderte Frauen wurden Opfer, die dachten, sie würden mit einer ebenfalls jungen behinderten Frau chatten.

„Ich fühle mich benutzt, ich habe jemandem alles erzählt, was man über mich wissen kann. Das waren ganz intime Sachen, und wenn ich darüber nachdenke, wird mir schlecht“, sagt eines der Opfer, die in der Doku zu Wort kommen.

Der Schauspieler Maximilian Mundt, bekannt aus der Netflix-Serie „How to Sell Drugs Online (Fast)“, begleitet einen durch die Recherche nach der wahren Identität von Jule Stinkesocke. *Selina Stiegler*

→ zdf.de/dokumentation/wtf-is-jule

Reportage

„Im Netzwerk der Vergewaltiger“ STRG_F auf YouTube

Wer dachte, dass der Fall Gisèle Pelicot ein grausames Einzelschicksal ist, sollte sich die Reportage „Im Netzwerk der Vergewaltiger“ von STRG_F ansehen.

Beeindruckend zeigen die Reporterinnen Isabell Beer und Isabel Ströh, dass sich auf Telegram ein internationales Netzwerk findet, „in dem sich Nutzer über Vergewaltigungen an bewusstlosen Frauen austauschen, sie offenbar planen und Aufnahmen des Missbrauchs teilen“. Mit einem Einladungslink treten die Journalistinnen erst einer, dann mehreren Gruppen bei und finden ein Ausmaß an Grausamkeit und Auskunftsfreudigkeit, das selbst die erfahrenen Reporterinnen überrascht.

Der Film zeigt, mit welchen perfiden Mitteln Männer ihre Frauen betäuben, und betrachtet auch die juristische Seite dieses Phänomens. Zu guter Letzt geht er außerdem auf den prominentesten Fall dieser Art ein: den Fall Gisèle Pelicot.

Der Film bringt etwas Unglaubliches ans Tageslicht, das bisher in nicht gekanntem Ausmaß im Dunkel der vermeintlichen Anonymität existieren konnte.

Christiane Fernbacher

→ youtube.com/@STRG_F



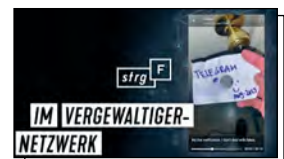
Acht Milliarden

„Avignon - Der Prozess Pelicot“



ZDF Mediathek

„WTF is Jule?“



STRG_F / Youtube

„Im Netzwerk der Vergewaltiger“

Unsere Medientipps finden Sie auch online:



„Wein - Wald - Kultur“, mit diesem Slogan wirbt Edenkoben im Internet um Touristen. Bundesweite Bekanntheit erlangte die kleine Stadt in der Südpfalz allerdings erst als Tatort eines Verbrechens.



Text: Karsten Krogmann
Fotos: Anna Ziegler

**Entführungsfall Edenkoben:
Interview mit der Opferfamilie**

**„Die grausamste
Horrorvorstellung
aller Eltern wurde
für uns Realität“**

Der Fall machte bundesweit Schlagzeilen: Am 11. September 2023 wurde ein zehnjähriges Mädchen auf dem Schulweg entführt und sexuell missbraucht. Die Polizei nahm später einen vor Kurzem aus der Haft entlassenen Sexualstraftäter fest. In Schul-WhatsApp-Gruppen war vor dem Mann gewarnt worden, der Rechtsstaat hatte sich zuvor hilflos gezeigt, unter anderem konnte der Mann das Tragen einer Fußfessel verweigern. Mit der Redaktion des WEISSEN RINGS sprach der Vater des entführten Kindes erstmals öffentlich über den Fall.

„Nach allem, was ich so mitbekomme vom deutschen Rechtssystem, hätte das Urteil auch anders ausfallen können. Von daher ist meine Erleichterung groß.“

E

Ein Reihenhause am Ende einer Sackgasse, dahinter Weinbau, so wie überall hier: kilometerweites Grün, bis irgendwann der noch grünere Wald beginnt. „Wein – Wald – Kultur“, mit diesem Slogan wirbt Edenkoben auch im Internet um Touristen.

Bundesweite Bekanntheit erlangte die 7.000-Einwohner-Stadt in der Südpfalz allerdings erst als Tatort eines Verbrechens. Im September 2023 entführte ein Mann ein zehnjähriges Mädchen auf dem Schulweg und missbrauchte es sexuell. Nach einer filmreifen Verfolgungsjagd befreite die Polizei das Kind aus dem Auto des Entführers und nahm den Fahrer fest, einen frisch aus der Haft entlassenen Sexualstraftäter. Im ganzen Land berichteten Medien über den Fall, allen voran die „Bild“-Zeitung veröffentlichte Dutzende Texte über den „Kinderschänder von Edenkoben“ und warf Politik und Behörden „Totalversagen“ vor.

In dem Reihenhause am Ende der Sackgasse sitzt Mathias am Esstisch, der Vater des Mädchens. Hinter Mathias hängen eingerahmt Porträtzeichnungen an der

Wand, sie zeigen die Tochter und ihren älteren Bruder, auf Regalbrettern stapeln sich Spiele und Bücher. Vor einer anderen Wand steht ein altes Küchenbuffet, aus dem obersten Fach quellen Zeitungen, „das sind die gesammelten Artikel über den Fall“, sagt der Vater. Mathias, 44 Jahre alt, von Beruf Fachkrankenpfleger, spricht erstmals aus der Betroffenenperspektive über die Tat.

Mathias, im September 2023 wurde Ihre zehnjährige Tochter entführt, im April 2024 hat das Landgericht Landau einen mehrfach vorbestraften Sexualstraftäter zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt. Wie geht es Ihrer Tochter heute, wie geht es Ihrer Familie, wie geht es Ihnen?

Ich würde sagen, uns geht es den Umständen entsprechend gut. Wir haben die Gerichtsverhandlung hinter uns, und wenn man das so sagen darf: Das Ergebnis war ein voller Erfolg für uns.

Das Gericht hat den Angeklagten zu zwölf Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Hat Sie das Urteil überrascht?

Ja. Zwölf Jahre und Sicherungsverwahrung sind doch eher selten nach solchen Taten.

Sie hatten ein milderes Urteil für den Angeklagten erwartet?

„Der Satz ‚Das Mädchen hat jetzt einen Schaden fürs Leben‘, den wir gerade in den ersten Tagen nach der Entführung so oft gehört haben, der ist nicht zwangsläufig richtig.“

Nach allem, was ich so mitbekomme vom deutschen Rechtssystem, hätte das Urteil auch anders ausfallen können. Von daher ist meine Erleichterung groß.

Der Fall Ihrer Tochter hat ein großes Medienecho ausgelöst, nach der Tat war immer wieder der Satz zu lesen und zu hören, dass Ihre Tochter und Ihre ganze Familie jetzt womöglich für den Rest ihres Lebens mit den Folgen der Tat zu kämpfen hätten. Versuchen Sie, sich gegen solche Langzeitfolgen zu wappnen?

Es gibt eine ganze Menge, was man machen kann und auch machen sollte. Ich absolviere im Moment noch eine Traumatherapie, das tut mir persönlich unheimlich gut. Meine Tochter ist ebenfalls weiterhin in Therapie, das entwickelt sich auch sehr gut. Es gibt aber auch Menschen, denen sexualisierte Gewalt widerfährt und die ohne Therapie gut klarkommen. Der Satz „Das Mädchen hat jetzt einen Schaden fürs Leben“, den wir gerade in den ersten Tagen nach der Entführung so oft gehört haben, der ist nicht zwangsläufig richtig.

Empfinden Sie den Satz als stigmatisierend?

Ja, das hat etwas von Stigmatisierung. Ich möchte nicht kleinreden, was passiert ist. So etwas kann heftigste Konsequenzen haben für die Seele, für die Psyche. Aber ein Mensch verfügt auch über viele Ressourcen, mittel- bis langfristig mit so einer Erfahrung umgehen zu können und einem Schaden vorzubeugen.

Hilft Ihnen Ihre Berufserfahrung als Intensivpfleger, nicht nur als Betroffener, sondern auch mit einer gewissen professionellen Distanz auf das Geschehene zu blicken?

Ja, vermutlich ist das so.

Mathias blickt nicht nur als Vater und Intensivpfleger auf das Geschehene, sondern auch mit der forschergleichen Neugierde eines Mannes, der unbedingt verstehen will, was passiert ist. Er hat sich akribisch vorbereitet auf das Gespräch; vor ihm liegt ein prall gefüllter Aktenordner, daneben ein Zettel mit handschriftlichen Notizen.

Wie haben Sie den 11. September 2023 erlebt?

Die grausamste Horrorvorstellung aller Eltern wurde bei uns Realität. Diese Stunden waren extrem traumatisch und sind auch der Hauptgrund, warum ich heute noch in Therapie bin. Aber ich erzähle einfach mal von Anfang an. Meine Frau ist ja auch Krankenschwester und hatte Frühschicht, ich hatte Spätschicht. Folglich habe ich mich morgens um die Kinder gekümmert. Unsere Tochter ist sehr selbstständig und hat sich eigenständig fertig gemacht. Bemerkenswerterweise war sie recht früh an diesem Morgen. Sie war bereits um 7:25 Uhr fertig und hat gemeint, sie gehe jetzt in die Schule. Da habe ich gesagt: „Dann bist du ja etwas früher als sonst, du kannst dir ja Zeit lassen.“ Sie verlässt also das Haus, den Schulweg geht sie schon seit vier Jahren. Um halb neun ruft dann meine Frau von der Arbeit an und sagt: „Unsere Tochter ist nicht in der Schule angekommen.“

Fast eine halbe Stunde lang schildert Mathias minutiös den Ablauf des 11. September. Seine Notizen braucht er dafür nicht einmal. Er erzählt, wie er ins Zimmer der Tochter ging, um zu schauen, ob sie vielleicht doch zurück ins Bett gegangen und wieder eingeschlafen ist. Wie er den Schulweg abfuhr, „ganz langsam und mit offenen Fenstern“. Wie er mit der Schulsekretärin die Klassenzimmer und die Sporthalle absuchte. Wie der Schulrektor und er ganz diskret die beste Freundin der Tochter befragten. Wie er sich selbst fragte, ob er gleich die Polizei verständigen soll oder ob er noch eine halbe Stunde warten soll. Wie er sich die Frage selbst beantwortete: Nein, du fährst sofort zur Polizei. Wie er vorher doch noch einmal nach Hause fuhr, um nachzuschauen, ob seine Tochter in der Zwischenzeit vielleicht zurückgekehrt ist.

Und dann bin ich zur Polizei: Guten Tag, meine zehnjährige Tochter ist vermisst. Da habe ich schon gemerkt, irgendwas passiert hier. Leute stehen auf, es entsteht eine merkwürdige Unruhe. Und ich denke noch so für mich: Toll, die nehmen das total ernst! Zu dem Zeitpunkt wusste ich ja noch nicht, dass es Parallelmeldungen gab, dass die Polizei den aus der Haft entlasse-

Der Täter griff das Mädchen morgens auf dem Schulweg auf. Nach einer filmreifen Verfolgungsjagd befreite die Polizei das Kind aus dem Auto des Entführers und nahm den Fahrer fest.



nen Sexualstraftäter bereits auf dem Schirm hatte und dass es sogar eine Anruferin gab, die die Entführung beobachtet hatte.

Hatten Sie keine Angst zu diesem Zeitpunkt?

Ich fuhr dann zurück nach Hause, und auf dem Weg dorthin rief mich die Polizei an und sagte, ich müsse wiederkommen, die Kollegen aus Neustadt seien jetzt da. Da dachte ich: Das ist die Kripo. Und als ich so durch Edenkoben fuhr, drängte sich mir der Gedanke auf: Meine Tochter könnte tot sein! Angst griff nach mir, Angst und Ohnmacht. Das war für mich der schlimmste Moment. Der hat dann sogenannte Intrusionen bei mir ausgelöst: flashbackartige Bilder mit dem gleichen Gefühl, das ich in der Angstsituation hatte. Das haben zum Beispiel Soldaten, die aus Kriegsgebieten kommen. Das konnte ich später in der Traumatherapie aufarbeiten. Heute habe ich die Intrusionen nicht mehr.

Hatten Sie in dieser Situation der Ungewissheit Unterstützung?

Wir haben maximale Hilfe und Empathie erfahren in diesen dunklen Stunden. Die Polizei war wirklich super. Da herrschte ein extremer Stresspegel auf den Polizeiwachen. Und trotzdem war man immer bemüht, mit uns bestmöglich umzugehen.

Mathias rekapituliert weiter das Geschehen des 11. September 2023. Bis zu dem Zeitpunkt, als seine Frau und er bei der Polizei in Landau endlich ihre Tochter wiedersehen: eingehüllt in einen weißen Kunststoffanzug, wegen der Spurensicherung.

Wer hat Ihnen mitgeteilt, was Ihrer Tochter angetan wurde?

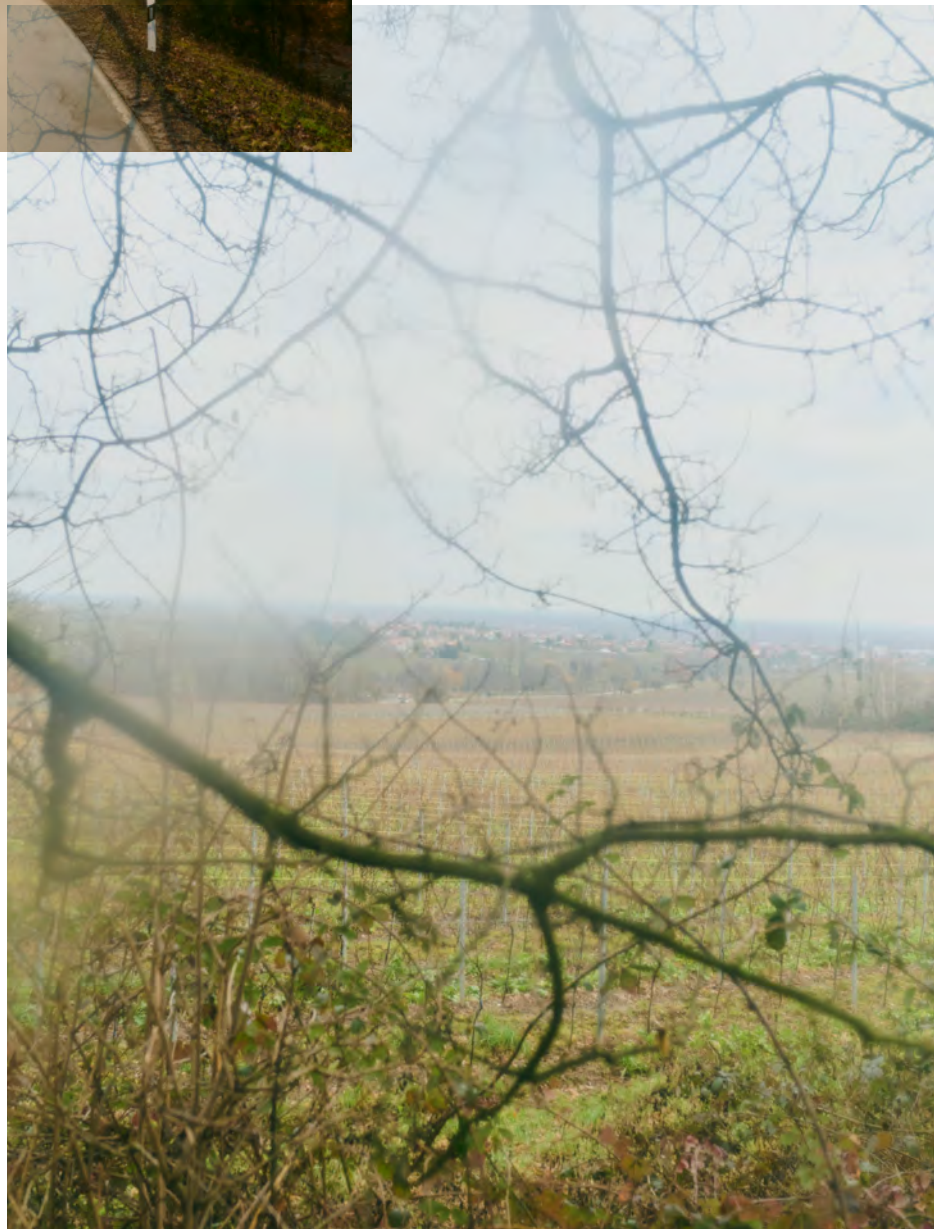
Letztlich hat es uns unsere Tochter selbst gesagt. Ich habe sie gefragt: Mensch, was ist dir denn passiert? Und dann erzählte sie: Da war ein Mann, der habe sie gewaltsam gepackt und in sein Auto gestoßen. Sie

„Wir haben maximale Hilfe und Empathie erfahren in diesen dunklen Stunden. Da herrschte ein extremer Stresspegel auf den Polizeiwachen. Und trotzdem war man immer bemüht, mit uns bestmöglich umzugehen.“



Medien in ganz Deutschland berichteten über den Fall, allen voran die „Bild“-Zeitung veröffentlichte Dutzende Texte über den „Kinderschänder von Edenkoben“ und warf Politik und Behörden „Totalversagen“ vor.

„Meine Frau und ich sind tatsächlich der Meinung, dass jede Institution in Deutschland ihre Arbeit gemacht hat. Es fällt uns schwer zu sagen: Die Polizei ist schuld, das Gericht ist schuld, die Führungsaufsicht ist schuld.“



habe versucht, sich zur Wehr zu setzen, sie habe geschrien, aber es habe sie keiner gehört. Sie sagte, sie habe Angst gehabt und ihrem Entführer Fragen gestellt, um ein Gefühl von Kontrolle zu haben. Der Entführer habe sie beruhigt. Der Mann sei mit ihr an einen unbekanntem Ort gefahren und habe sie gezwungen, ein Handtuch über ihrem Gesicht zu tragen. Und dann hat sie das umschrieben mit „und dann passiert das, was bei so einer Entführung nun mal passiert“. Da war uns klar, sie umschreibt den sexuellen Missbrauch jetzt mit diesen Worten. Ich musste dann erst mal eine rauchen gehen. Als später die Zeugenvernehmung von unserer Tochter stattfinden sollte, haben wir ihr gesagt: Auch wenn es schwer ist, wäre es gut, wenn du das alles sehr konkret benennst. Sie hat dann laut Polizei eine super Zeugenaussage gemacht.

Waren Sie dabei?

Ja, am Anfang. Als es dann in Richtung Missbrauch ging, habe ich angeboten, dass wir als Eltern rausgehen. Dem hat sie direkt zugestimmt, damit sie freier reden kann. Sie hat dann auch wohl sehr detailliert geschildert, was passiert ist. Wobei das, was passiert ist, weniger das ist, was man sich jetzt vielleicht vorstellt.

An dieser Stelle stockt Mathias. Etwas umständlich versucht er zu erklären, dass Missbrauch nicht immer gleich Missbrauch ist. Er bemüht sich zu sagen, was geschehen ist, ohne aussprechen zu müssen, was geschehen ist. Was er eigentlich sagen möchte ist: was nicht geschehen ist.

Nach Straftaten wird zum Schutz der Betroffenen häufig darauf verzichtet, das Geschehene konkret zu benennen. Ganz besonders, wenn die Betroffenen Kinder oder Jugendliche sind. In Ihrem Fall habe ich aber das Gefühl, dass Sie gern mehr sagen würden - auch zum Schutz der Betroffenen. Stimmt das?

Hier in Edenkoben weiß jeder, dass wir die betroffene Familie sind. Also alle in unserem sozialen Umfeld, jeder Lehrer, jeder Mitschüler. Viele gehen nach der Medienberichterstattung automatisch von den schlimmsten Horror-Szenarien aus. Ich habe das Gefühl, dass ich einer Stigmatisierung ein wenig entgegenwirken kann,

wenn ich sage: Ich will nichts schönreden, das war ein sexueller Missbrauch, das ist eine schwere Straftat. Aber es war vielleicht auch nicht das, was ihr jetzt im Kopf habt.

Behörden, Hilfsorganisationen, oft auch Medien unternehmen sehr viel dafür, Betroffene zu schützen, indem sie möglichst wenige Informationen preisgeben. Denken Sie, dass sie damit manchmal das Gegenteil erreichen von dem, was sie erreichen wollen?

Das ist eine gute Frage. Ich habe es als positiv empfunden, dass man vor allem vor Gericht so konsequent versucht hat, die Intimsphäre unserer Tochter zu schützen. Trotzdem spürte ich auch das Bedürfnis, zum Schutz meiner Tochter zumindest so viele Informationen transparent zu machen, dass das Kopfkino bei den Leuten nicht schlimmer ausfällt als die Wirklichkeit.

Die Medien warfen Politik und Behörden nach der Tat schweres Versagen vor. 2020 empfahl ein Gutachter im Prozess gegen den Mann eine anschließende Sicherungsverwahrung, aber das Landgericht ordnete sie nicht an. Nach seiner Entlassung 2023 sollte er dann per Fußfessel überwacht werden, der Mann weigerte sich einfach. Das hat für viel Empörung gesorgt. Sie als Betroffene haben sich mit Kritik auffällig zurückgehalten - warum?

Meine Frau und ich sind tatsächlich der Meinung, dass jede Institution in Deutschland ihre Arbeit gemacht hat. Es fällt uns schwer zu sagen: Die Polizei ist schuld, das Gericht ist schuld, die Führungsaufsichtsstelle ist schuld. Nehmen wir das Beispiel Führungsaufsicht: Da gab es ja extra Mitarbeiter, um auf den Mann aufzupassen. Aber die Führungsaufsicht war das völlig falsche Instrument, mit einem Straftäter dieses Kalibers umzugehen. Der hätte in Sicherheitsverwahrung gehört.

Als der Mann 2020 wegen Körperverletzung und Verstößen gegen Weisungen der Führungsaufsicht verurteilt wurde, waren die Einzelstrafen angeblich zu gering ausgefallen, um eine anschließende Sicherungsverwahrung anordnen zu können.

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hohes Gericht, bitte beweisen Sie uns das Gegenteil. Beweisen Sie uns, dass der Rechtsstaat mit Tätern dieses Kalibers umzugehen weiß.“

Das ist komplizierter, ich habe mich damit intensiv beschäftigt. Es ist mir nicht bekannt, dass ein Gericht in Deutschland wegen eines Verstoßes gegen die Führungsaufsicht Sicherungsverwahrung angeordnet hat. Erst in diesem Jahr, nach unserem Fall, hat ein deutsches Gericht erstmalig einen Sexualstraftäter wegen Verstößen gegen die Führungsaufsichtsaufgaben mit Sicherungsverwahrung belegt. Es war sogar dasselbe Gericht. Aber es steht mir nicht zu, die Entscheidung des Gerichts damals zu kritisieren.

Wenn es jemandem zusteht, dann doch wohl Ihnen als Betroffener dieser Entscheidung?

Die Frage ist doch: Wird der Job gemacht? Tut jeder, was er tun sollte? Nehmen wir die Führungsaufsicht: Das Gericht hatte eine wöchentliche Kontaktaufnahme mit der Person vorgesehen. Die Führungsaufsicht hat das sogar täglich gemacht. Die haben viel mehr getan, als sie eigentlich hätten machen müssen, weil sie wussten, wie gefährlich der Mann ist. Die Füh-

rungsaufsicht ist einfach das völlig falsche Instrument gewesen. Ich bin Fachkrankenpfleger auf einer Intensivstation, für mich klingt das so, als würde man einen kritisch kranken Intensivpatienten nicht auf die Intensivstation legen, sondern auf Normalstation. Und wenn der Patient dann abends tot im Bett liegt, dann wundert man sich. Natürlich bin ich der Meinung, dass da grundsätzlich etwas schief läuft. Wie oft kommen Sexualstraftäter aus dem Gefängnis wieder frei und werden rückfällig? Es muss sich grundsätzlich etwas ändern. Es muss vielleicht härtere Strafen geben. Es muss öfter die Sicherungsverwahrung verhängt werden. Es muss eine mit Zwang durchsetzbare Fußfessel-Überwachung möglich sein. Vielleicht passiert das jetzt ja.

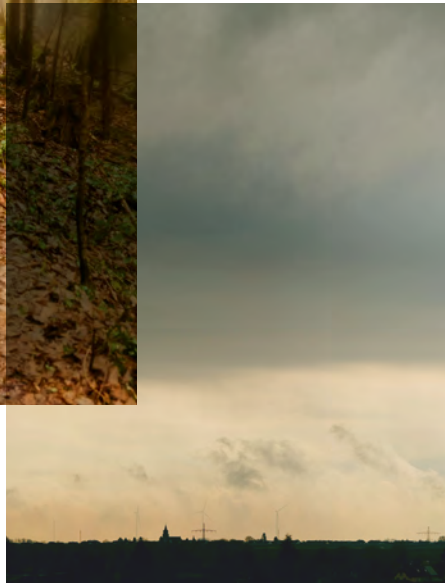
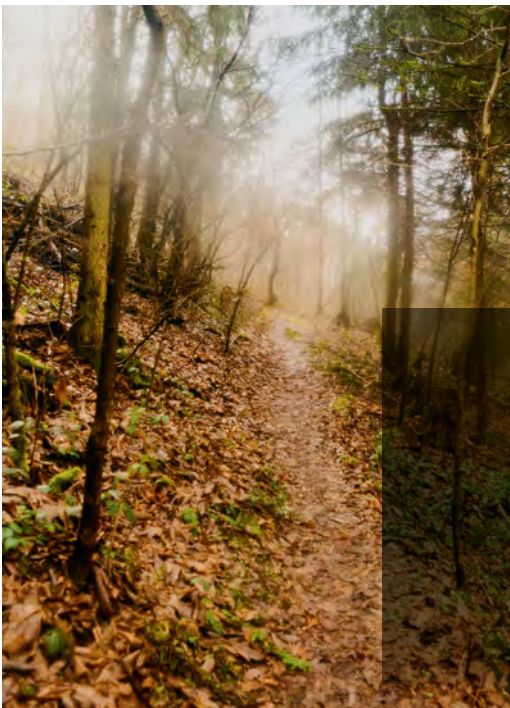
Es wäre Ihr gutes Recht, wütend darüber zu sein, dass das alles damals nicht passiert ist, und die dafür verantwortlichen Stellen zu kritisieren. Sie haben sicherlich schon mal den Begriff „Victim Blaming“ gehört?

Sie meinen damit eine Täter-Opfer-Umkehr oder auch Schuldverlagerung? Also den Versuch, die Verantwortung für eine Straftat nicht dem Täter, sondern dem Opfer zuzuschreiben? Man denkt auf einmal, man findet die Schuldigen überall. Als Erstes ist es natürlich die Polizei. Dann ist es der böse Staat. Später war es die Schule, die hätte doch bessere Sicherheitskonzepte haben sollen. Und wir Eltern, ich hätte meine Tochter nicht allein zur Schule laufen lassen sollen! Das ist Victim Blaming, uns als Eltern wird die Schuld für das Verbrechen an unserer Tochter gegeben. Das kann einen ganz schön fertig machen.

Hat man Ihnen diesen Vorwurf gemacht?

Das hat mir niemand persönlich gesagt, aber das kann man zum Beispiel bei Facebook lesen. „Also ich bin ja Helikoptermutter und stehe dazu. Ich hätte meine Tochter niemals allein ...“ Schon ist der Vorwurf da. Unsere Tochter hat sich auch selbst die Schuld gegeben: „Ich hätte den Weg nicht nehmen sollen.“ Das ist doch ein Klassiker in der Psychologie! Ich sage ganz klar: An so einer Tat ist zu 100 Prozent der Täter schuld. Sonst niemand. Das habe ich auch als Nebenkläger vor Gericht gesagt.

Vor Gericht trat der Vater des betroffenen Mädchens als Nebenkläger auf. Das gab ihm das Gefühl, wichtige Informationen zu erhalten und den Prozessverlauf im Sinne des Opfers beeinflussen zu können.



Die „Bild“-Zeitung zitierte ein Mitglied des Innenausschusses im rheinland-pfälzischen Landtag mit dem Satz: „Der Rechtsstaat ist hier an Grenzen gestoßen.“ Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Im Prozess habe ich mich an die Vorsitzende Richterin gewandt. Dabei habe ich diesen Satz zitiert und gesagt: „Bei vielen Menschen in der Bevölkerung entsteht tatsächlich der Eindruck, dass der Rechtsstaat mit Tätern dieses Kalibers an seine Grenzen kommt. Dies soll heute anders sein. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hohes Gericht, bitte beweisen Sie uns das Gegenteil. Beweisen Sie uns, dass der Rechtsstaat mit Tätern dieses Kalibers umzugehen weiß.“ Ich bat das Gericht, dafür zu sorgen, dass dieser Mann nie wieder die Möglichkeit bekommen wird, ein Kind zu entführen und zu missbrauchen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Betroffene besser zu schützen?

Ich habe das Gefühl, dass wir in Deutschland zu häufig nur die Scherben aufkehren, nachdem etwas zerbrochen ist. Es wird viel auf Prävention gesetzt; Kinder lernen, wie sie sich im Falle eines Falles zu verhalten haben. Es gibt Psychologen, die die Folgen eines Missbrauchs aufarbeiten und therapieren. Es gibt den WEISSEN RING und viele weitere Hilfsorganisationen. Doch im Endeffekt behandeln wir Symptome. Ich kann mir vorstellen, dass härtere Strafen ein Mittel gegen Sexualstraftäter sind. Häufiger verhängte Sicherungsverwahrung. Fußfesselzwang. Weniger Datenschutz. Aber das müssen Fachleute beantworten, ich bin kein Fachmann. Dieser Fall ist in jeder Hinsicht besonders: Vor dem Mann wurde ja gewarnt, sogar unsere Tochter hatte vorher ein Foto von ihm auf ihrem Smartphone, weil das nach seiner Haftentlassung über Schul-WhatsApp-Gruppen geteilt worden war. Meine Frau und ich kannten die Nachricht leider nicht. Besonders war an dem Fall auch das hohe mediale Interesse. Das hat den Nachteil einer möglichen Stigmatisierung, aber auf der anderen Seite kann es auch ein Vorteil sein.

Das müssen Sie erklären.

Wir haben sehr viel Empathie erfahren,

ganz viele Menschen haben extrem viel Rücksicht auf uns genommen. Der WEISSE RING war sofort da, noch am Entführungstag. Ein paar Tage später saß der Opferbeauftragte des Landes hier. Es sind Spendenaktionen gelaufen, was tatsächlich eine große Hilfe ist in dem Moment. Dann war da unser Arbeitgeber, der uns freigestellt und in jeder Hinsicht unterstützt hat. Freunde, Familie. Unser Anwalt, Matthias Bär aus Edenkoben, stand uns fachlich wie im menschlichen Sinne zur Seite. Das Gymnasium in Edenkoben hat uns sehr geholfen. Wir haben uns wöchentlich getroffen, um die Situation meiner Tochter zu besprechen. Die Traumaambulanz in Landau, die Therapeutin meiner Tochter, sie alle haben uns sehr geholfen. Ich glaube, dass all diese Unterstützung nicht die Regel ist bei Missbrauchsfällen.

Was, glauben Sie, ist denn die Regel?

Die Regel ist, dass man erst gar nicht weiß, dass was passiert ist. Dann kommt irgendwann ein dunkler Verdacht. Der Verdacht erhärtet sich. Man geht zur Polizei und stellt fest, dass es schwierig wird, den Missbrauch nachzuweisen. Es kommt zu einer Aussage-gegen-Aussage-Situation. In der Regel finden die meisten Missbrauchsfälle im sozialen Umfeld statt, da ist keine externe Person der Täter. Da gibt es nicht so viele Unterstützer. Das meine ich, wenn ich sage, dass wir ein Stück weit privilegiert waren wegen des hohen medialen und gesellschaftlichen Interesses an diesem Fall.

Mathias atmet durch. „Ich muss erst mal eine rauchen“, sagt er und geht in den Garten. Er beeilt sich, er hat noch viel zu sagen. „Sie merken ja, dass ich das Thema sehr konfrontativ angehe. Aber ich muss damit auch mal wieder aufhören. Die letzten Monate gab es für mich nur das Thema Entführung, ich habe alle Kraft auf dieses Thema aufgewendet. Meine Frau tickt da zum Beispiel ganz anders. Sie sorgte für Normalität bei uns in der Familie. Das passte super.“

Sie sind als Nebenkläger vor Gericht aufgetreten. Wie haben Sie den Prozess vor dem Landgericht Landau erlebt?

Sicherlich ist „Vorfreude“ nicht das treffende Wort, aber für mich war der

„Ich hätte den Weg nicht nehmen sollen - das ist doch ein Klassiker in der Psychologie! Ich sage ganz klar: An so einer Tat ist zu 100 Prozent der Täter schuld. Sonst niemand.“

„Von den Folgen für Geschwister, für die Eltern, von den Therapien, von den unzähligen Tränen, all das muss das Gericht wissen. Es ist auch aus psychologischer Sicht wichtig, sich zur Wehr zu setzen.“

Prozessbeginn sehr positiv besetzt, weil ich erwartet habe, dass der Entführer meiner Tochter zur Rechenschaft gezogen wird. Es war eine Möglichkeit für mich, mich zur Wehr zu setzen. Das hat auch meine Traumatherapeutin zu 100 Prozent unterstützt. Ich hatte von Anfang an das Bestreben, den Prozessverlauf so gut wie es mir möglich ist zu beeinflussen – und zwar, indem ich unsere Perspektive aufzeige. Ich wollte objektiv und nachvollziehbar die Konsequenzen so einer Tat aufzeigen, vor allem für uns. Konkret habe ich zum Beispiel aufgezeigt, dass unsere Tochter zum Prozesszeitpunkt immer noch Schwierigkeiten mit dem Schulweg hatte und eine Traumatherapie machte.

Hatten Sie das Gefühl, man hört Ihnen zu?

Ja, ich hatte das Gefühl, alles anbringen zu dürfen und Gehör zu bekommen. Ich habe auch vor Gericht Empathie von allen Seiten erfahren. Vom Gericht selbst, aber auch von der Verteidigerin des Angeklagten. Dafür habe ich mich am Ende auch bedankt. Mir war es aus mehreren Gründen wichtig, als Nebenkläger dabei zu sein. Erstens: Ich kann den Prozessverlauf beeinflussen. Zweitens: Ich bekomme wichtige Informationen. Es gab zum Beispiel Erkenntnisse aus dem Verfahren, die mir wiederum für die Therapie meiner Tochter hilfreich erschienen. Und dann gab es für mich auch noch die Möglichkeit, durch eine allumfassende Aussage von mir es meiner Frau zu ersparen, ebenfalls als Zeugin aussagen zu müssen.

Musste Ihre Tochter aussagen?

Nein, sie musste nicht aussagen, weil der Angeklagte geständig war.

Im Strafprozess stehen die mutmaßlichen Täter im Mittelpunkt. Hatten Sie das Gefühl, dieser Prozess war auch ein Prozess für das Opfer?

Es liegt natürlich in der Natur der Dinge, dass in einem Strafverfahren der Angeklagte im Mittelpunkt steht. Zeitweise hatte ich auch das starke Gefühl, dass wir als Geschädigte komplett aus dem Fokus geraten sind. Zum Beispiel haben wir einen ganzen Vormittag damit verbracht, darüber zu reden, ob der Angeklagte durch den

Polizeieinsatz Verletzungen davongetragen habe. Polizisten wurden befragt, Untersuchungsbefunde besprochen, der Angeklagte angehört.

Was konnten Sie als Nebenkläger tun, um die betroffene Seite in den Vordergrund zu rücken?

Wir haben zum Beispiel über die Nebenklage den Rektor der Schule meiner Tochter als Zeugen geladen. Die Schule befand sich ja auch im absoluten Ausnahmestadium. Da wird auf dem Schulweg ein paar Meter vor dem Schulgelände ein Mädchen entführt. Da war ein Kriseninterventionsteam da. Da waren täglich sechs Psychologen da. Es gab Krisentreffen. Viele Lehrer hatten Tränen in den Augen. Der Rektor hat das einsortiert, er sagte: Für eine Schule gibt es nur zwei andere Szenarien, die eine ähnliche Dramatik zur Folge haben – ein Amoklauf oder der Tod eines Schülers. Wir wollten aufzeigen, dass so etwas kein isoliertes Verbrechen ist, sondern dass es Kreise zieht.

An wen denken Sie bei den Krisen noch, abgesehen von der Schule?

Ich denke zum Beispiel an unseren Arbeitgeber. Meine Frau und ich sind beide seit über 20 Jahren in dem Krankenhaus tätig, wir sind dort natürlich gut vernetzt und bekannt. Wir wissen, dass in der ersten Woche die Betroffenheit so groß war, dass die Kollegen auf dem Boden gesessen und geweint haben. Das sind ja auch Eltern mit Kindern, das ist auch deren schlimmste Horrorvorstellung.

Zu Beginn unseres Gesprächs haben Sie das Urteil als „vollen Erfolg“ bezeichnet. Wie wichtig war Ihnen die Strafzumessung?

Es war uns natürlich wichtig, dass der Täter bei nachgewiesener Schuld angemessen bestraft wird. Und die Folgen einer Tat sind für die Strafzumessung nicht irrelevant. Ich wollte das Gericht dabei unterstützen, indem ich bestmöglich die Konsequenzen der Tat für alle Beteiligten aufzeige – mit dem Ziel, so auf die Strafzumessung einzuwirken. Ich habe, sachlich und objektiv, von den Folgen für meiner Tochter berichtet. Von den Folgen für Geschwister, für die Eltern, von den Therapien, von den



Mit der Urteilsverkündung konnte die Familie „ein ganz großes Stück dieser Lebensphase abschließen“, sagt der Vater des Opfers. Er blickt optimistisch in die Zukunft: „Das Leben geht weiter.“

unzähligen Tränen, von meiner beruflichen Reduzierung, all das muss das Gericht wissen. Auf diesem Weg konnte ich mich nach dem schrecklichen Angriff auf meine Familie zur Wehr setzen. Es ist auch aus psychologischer Sicht wichtig, sich zur Wehr zu setzen.

Wir sprachen über die öffentliche Aufmerksamkeit, die Ihr Fall und der Prozess erfahren haben, und die Empathie, die Sie erfahren haben. Wie haben Sie die Medien wahrgenommen?

Eigentlich auch sehr positiv. Es war ja sehr viel los in den Medien, vor allem in den ersten Tagen. Ich bin mehrfach gewarnt worden, dass Reporter bald vor unserer Haustür stehen würden. Uns hat aber nie jemand direkt angesprochen.

Fast vier Stunden sind mittlerweile vergangen, die Rebstöcke hinter der Sackgasse liegen längst im Dunkeln. Mathias sortiert seine Unterlagen und legt die Dokumente zurück in den Aktenordner. Ein letztes Mal liest er seinen Notizzettel, „habe ich etwas Wichtiges vergessen?“ Er schüttelt den Kopf.

Wenn alles vorbei ist, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist - was werden Sie dann tun?

Ich habe mich ja bewusst für diesen konfrontativen Weg der Auseinandersetzung mit dem Geschehen entschieden. Zwischen durch habe ich aber mal gedacht, dass es auch ein guter Weg gewesen wäre, das alles zu 100 Prozent den Juristen zu überlassen. Jeden Tag, wenn ein Gerichtstermin stattfindet, hätte ich dann etwas Cooles mit meinen Kindern machen können. Wir wären ins Schwimmbad gegangen, wir wären ins Kino gegangen, wir wären auf den Markt gegangen. Aber ich glaube, dass es auch gut war, wie es war, und dass ich vor Gericht einiges erreichen konnte. Mit der Urteilsverkündung konnten wir aus Perspektive meiner Familie bereits ein ganz großes Stück von dieser Lebensphase abschließen. Das Leben geht weiter, und ich blicke total optimistisch in die Zukunft.

Transparenzhinweis:

Die Familie von Mathias wurde von der Außenstelle Südpfalz des WEISSEN RINGS unter Leitung von Heinz Pollini betreut. Unter anderem finanzierte der Verein eine einwöchige Erholungsmaßnahme für die Familie nach der Tat.

Danke!

Spendables Unternehmen

Mit einer großzügigen Spende in Höhe von **10.000 Euro** hat das Unternehmen **Stemmann Gleis-, Tief- und Kabelbau GmbH** aus dem niedersächsischen Celle den WEISSEN RING bedacht. Das Unternehmen ist mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bundesweit im Bereich der Erneuerung von Bahnübergangsanlagen tätig. Nils Stemmann und seine Ehefrau Anke betonten bei der Übergabe des Schecks: „Wir möchten mit dieser Spende dazu beitragen, dass Menschen, die Opfer von Straftaten wurden, nicht alleingelassen werden und professionelle Hilfe erhalten.“ Anne Wycisk, Leiterin der Außenstelle des WEISSEN RINGS in Celle, bedankte sich für die Unterstützung: „Diese Spende ist ein starkes Zeichen der Solidarität und hilft uns dabei, unsere Arbeit noch intensiver und umfassender fortzuführen.“



Glückliche Gesichter bei der Spendenübergabe: Anne Wycisk, Anke Stemmann und Nils Stemmann (v. l. n. r.)
Foto: Audrey-Lynn Struck

Erfolg auch beim zweiten Mal

Die Idee, zum Firmengeburtstag nicht um Geschenke zu bitten, sondern um Spenden für die Arbeit des WEISSEN RINGS, hatte das Bielefelder Unternehmen **FMS Fraud & Compliance Management Services GmbH** nicht zum ersten Mal. Bereits zum zehnten Geburtstag der Firma aus Nordrhein-Westfalen hatte der Einsatz für den guten Zweck Erfolg, und auch zehn Jahre später kam zur Freude von Inhaber Peter Zawilla eine große Summe zusammen. Rund 5.000 Euro spendeten die geladenen Gäste, Zawilla stockte den Betrag schließlich noch auf insgesamt **5.880 Euro** auf. Ilse Haase, langjährige Leiterin der Außenstelle des WEISSEN RINGS in Bielefeld, bedankte sich und erklärte: „Damit haben Sie viel mehr Menschen geholfen, als Sie ahnen.“

Großzügiges Geburtstagskind

Der Erste Kriminalhauptkommissar **Hartmut Quast** fasste anlässlich seiner Pensionierung bei der Polizei Bremen den Entschluss, auf Geschenke zu verzichten und um eine Spende für den WEISSEN RING zu bitten. Seine Kolleginnen und Kollegen kamen diesem Wunsch gern nach, insgesamt sammelte Quast **580 Euro** für den guten Zweck ein. Hans-Jürgen Zacharias, Landesvorsitzender des WEISSEN RINGS

in Bremen, war begeistert von der Idee und bedankte sich persönlich beim Pensionär. „Ganz herzlichen Dank für diese beispielhafte Aktion an den Initiator und alle beteiligten Spenderinnen und Spender aus der Bremer Polizei. Diese großzügige Unterstützung wissen wir sehr zu schätzen und freuen uns unheimlich darüber.“



Spendenübergabe durch Hartmut Quast (Mitte) an den Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Zacharias (rechts) und Pressesprecher Jürgen Osmers (links)

Sammlung zum Jubiläum

Im vergangenen Jahr konnte der Unterkirchner **Röthenloch-Bauernhof** sein 350-jähriges Bestehen feiern. Das Ehepaar Silke und Klaus Richter lud angesichts des runden Geburtstags zu einem zehntägigen Fest ein, bei dem aber nicht nur die Geschichte des traditionsreichen Hofes in Baden-Württemberg im Mittelpunkt stand: Das Paar und ein neunköpfiges Team sammelten dabei auch Spenden für gemeinnützige Zwecke. Bei der Spendenübergabe im Villingener Spitalgarten durften sich 19 Organisationen über eine Zuwendung freuen, darunter der WEISSE RING mit seiner Außenstelle Schwarzwald-Baar-Kreis, für die Werner Rombach als stellvertretender Leiter die Spende über **1.500 Euro** dankbar entgegennahm.



19 Vereine und Organisationen kamen zur Spendenübergabe in den Villinger Spitalgarten.
Foto: Klaus Richter

Ertragreiche Weihnachtsaktion

Bei der **Ostsee Zeitung** stand in der Redaktion Rügen die letztjährige Weihnachtsaktion ganz im Zeichen des WEISSEN RINGS. Angesichts der Vielzahl an Fällen, in denen die Außenstelle des WEISSEN RINGS in Putbus auf Rügen (Mecklenburg-Vorpommern) regelmäßig tätig wird, entschieden sich die Verantwortlichen, den Verein durch einen Spendenaufruf zu unterstützen. Die Leserinnen und Leser trugen stolze **13.430,50 Euro** zusammen, für die sich Außenstellenleiter Martin Stemmler herzlich bedankte. Im Verlauf der Aktion wurde die Arbeit des WEISSEN RINGS zudem ausführlich in der Ostsee Zeitung vorgestellt.

Schlittenfahrt für den guten Zweck

Daniel Granitzny ist Reporter beim Hörfunksender **Hit Radio FFH** und moderiert die Sendung „Guten Morgen Hessen“. Mit dem FFH-Spendenschlitten machte er sich fünf Tage lang auf den Weg durch das Sendegebiet. Gemeinsam mit der Firma Benediktiner Weissbräu sammelte er auf seiner Tour Spenden für den guten Zweck. Fünf Organisationen waren vor der Abfahrt ausgewählt worden, insgesamt kamen bei der Schlittentour 424 Kilometer und rund 20.000 Euro zusammen. Das Landesbüro des WEISSEN RINGS in Hessen durfte sich schließlich über eine Spende in Höhe von **4.100 Euro** für die Unterstützung der Arbeit freuen.



Spendenübergabe
auf dem Weihnachtsmarkt
in Michelstadt



Beim Helfen brauchen wir
alle Hilfe. Auch Ihre:
spenden.weisser-ring.de



Der WEISSE RING
dankt ausdrücklich für alle
Spenden! Leider kann
die Redaktion nicht alle
Aktionen veröffentlichen.

Impressum

Ausgabe 01/2025, 48. Jahrgang

Offizielle Mitgliederzeitschrift des
WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:
WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur
Unterstützung von Kriminalitätsoffern
und zur Verhütung von Straftaten e. V.

Bundesvorsitzende:
Barbara Richstein

Bundesgeschäftsstelle:
Weberstraße 16, 55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.:
Bianca Biwer

Redaktion:
Christian J. Ahlers, Christiane Fernbacher,
Gregor Haschnik, Christoph Klemp,
Karsten Krogmann (Leitung),
Selina Stiegler, Julia Zipfel

Kontakt zur Redaktion:
Sabine Schäfer
Telefon: 06131 8303-4000
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

Art Direction:
twotype design, Thomas Elmenhorst,
Juliane Keß

Bildredaktion:
twotype design, Bettina Andersen

Lektorat:
Britta Hübener, Torben Rosenbohm

Druck:
Offsetdruck Ockel GmbH, Kriftel

ISSN 3052-1645
wr-magazin.de

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zur Veröffentlichung
auszuwählen und zu kürzen.



WEISSER RING

Wir helfen Kriminalitätsopfern.

GOGREEN

Wir versenden klimafreundlich
mit der Deutschen Post



**Wir sind Deutschlands größte Hilfsorganisation
für Opfer von Kriminalität und Gewalt.**



Opfer-Telefon: 116 006
bundesweit kostenfrei



400 Mal für Sie
vor Ort



Onlineberatung:
www.weisser-ring.de